

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Tarifrunde 2012

Die Reallohnverluste gehen weiter



In diesem Jahr werden für mehr als 9 Millionen Beschäftigte in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe und in den Verwaltungen die Tarifverträge neu verhandelt. Die Marken werden dabei sicherlich wieder im größten Tarifbereich, der Metall- und Elektroindustrie mit 3,6 Mio. Beschäftigten, gesetzt. Es soll deshalb im Folgenden dieses Industrie-Segment genauer betrachtet werden. Welche Rahmenbedingungen finden wir vor und wie ist es mit der Durchsetzungskraft der in diesem Bereich wirkenden Gewerkschaft bestellt.

Reallöhne sinken

Wird in den DGB-Gewerkschaften eine Lohn- und Gehaltsforderung für eine Tarifrunde aufgestellt, so soll sie sich nach dem eigenen gewerkschaftlichen Selbstverständnis aus

drei Elementen zusammensetzen. Da ist zum einen der Ausgleich der Inflationsrate, der in die Forderung einfließt, dann wird die durchschnittliche volkswirtschaftliche Produktivitätssteigerung berücksichtigt und schließlich will man, dass eine Umverteilungskomponente in der Forderung ihren Niederschlag findet – soweit wenigstens der gewerkschaftlichen Theorie nach. Die beiden

erst genannten Elemente stellen den so genannten kostenneutralen Verteilungsspielraum dar. Das heißt, würde nur der Teil der gewerkschaftlichen Forderung, der die Höhe der Inflationsrate und der Produktivitätssteigerung beinhaltet, durchgesetzt, würden die Unternehmer in ihren Kosten nicht belastet. Dieser kostenneutrale Verteilungsspielraum liegt

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Tarifrunde 2012	S. 1
Nordkorea: Die gefrorene Revolution	S. 9
Lateinamerika 2012	S. 15
Die Kriminalisierung antifaschistischer Gesinnung	S. 21
40 Jahre Berufsverbote	S. 25
Wie tief steckt der Staat im Naziterror?	S. 28
Sozialproteste in Rumänien	S. 30
Nachruf auf Roy Thalheimer	S. 33
Rezensionen	S. 34

In eigener Sache

Die Tarifrunden bei ver.di, IG Metall und anderen Gewerkschaften in diesem Frühjahr finden in einer politischen und wirtschaftlichen Phase statt, die von widersprüchlichen Entwicklungen bestimmt wird: auf der einen Seite von der Finanz- und Schuldenkrise, die die Welt an den Rand des Abgrunds brachten und die nicht ausgestanden sind; auf der anderen Seite ein wirtschaftlicher Boom in Deutschland mit schier unglaublichen Gewinnmargen, was die zunehmende Kluft zwischen arm und reich in keiner Weise verringert hat. Die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger wartet seit vielen Jahren vergeblich darauf, am Aufschwung beteiligt zu werden. Die Erwartungen sind diesmal entsprechend hoch. Unternehmer und Regierung haben ihrerseits ein starkes Interesse daran, keine Unruhen und Störungen bei der Gewinnmaximierung aufkommen zu lassen. Was die Gewerkschaften schwächt, besonders in der Metallbranche, sind die Aufspaltung der Belegschaften durch prekäre Arbeitsverhältnisse und die beträchtlichen Bonuszahlungen für die Stammbeschafteten in den großen Automobilwerken. Trotz allem wird eine kämpferische Einstellung notwendig sein, soll ein ansehnliches Ergebnis erreicht werden. Das ist das Grundproblem mit dem sich unser Kopffartikel in diesem Heft befasst.

Ein Genosse von uns hatte die Gelegenheit, die Volksrepublik Korea zu bereisen, um einen gewissen Einblick in das uns ziemlich fremde Land und System zu erlangen. In einem ersten Teil gibt er vor allem den geschichtlichen Entwicklungen breiten Raum. Er beschreibt die

unvorstellbaren Verluste, die dem Land und den Menschen durch die Kriege der japanischen und US-amerikanischen Imperialisten zugefügt worden waren. Trotz dieser ungünstigen Ausgangsposition wurden grundlegende gesellschaftspolitische Änderungen durchgesetzt. Den Bezug zur gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Lage stellt dann der zweite Teil her, wo es auch darum geht, dass Nordkorea innenpolitisch an einem Wendepunkt angelangt ist.

Die „Gruppe International“ bringt in einem Artikel über Lateinamerika die bisher veröffentlichten Betrachtungen auf den neuesten Stand. Bei der Integration und den sozialen Beziehungen gibt es offensichtlich Fortschritte, die sich in der Zukunft bewähren müssen. Die politischen Entwicklungen auf dem Kontinent werden nüchtern beurteilt, es gibt positives und negatives, immer aber Bewegung.

Zum ersten Mal nach Jahrzehnten bewegt sich auch in Rumänien wieder etwas. Den Bericht dazu haben wir nachgedruckt.

Zu einem der ganz wichtigen Ereignisse in der BRD, der Aufdeckung des Nazi-Terrors, und zu den faschistischen Umtrieben drucken wir einen Artikel aus der „Soz“ nach. Wir selbst tragen zum Thema bei, indem wir uns den politischen Skandal der Einführung der „Extremismusklausel“, auch in Bezug auf die antifaschistische Bildungsarbeit, vornehmen.

Adorno hat einmal die richtige Feststellung gemacht: „Wer nicht vom Kapitalismus sprechen will, soll vom Faschismus schweigen!“ Damit ist auch die Rolle des bürgerlichen Staates angesprochen. So wollen wir nicht versäumen, wieder mal an die politischen Verfolgungen in Deutschland zu erinnern. Der Artikel darüber zeigt die Kontinuität auf: Verfolgung von Sozialisten, KPD-Verbot, Berufsverbote, Geheimdienstüberwachungen.

Zwei Buchrezension runden die Nummer ab.

In der vorhergehenden Nr. 174 hatten wir „in eigener Sache“ einen Artikel zum „Extremismusverdacht“ angekündigt, der aus technischen Gründen doch nicht mehr erscheinen konnte. Wir bitten um Entschuldigung. Er erscheint nun in der jetzigen Nummer (s.o.)

Wir weisen darauf hin, dass mit Namen gekennzeichnete Artikel nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wir kündigen schon heute unser Wochenend-Seminar am 19. und 20. Mai in München an. Die voraussichtlichen Themen sind: die Entwicklungen und Bewegungen in der arabischen Welt und in der Türkei.

Wir danken allen Spendern und Abo-Zahlern! Ein Teil der Leser hat für das Jahr 2012 noch nicht bezahlt. Für sie legen wir einen Zahlschein bei. Wir hoffen, dass ihr uns nicht auf dem Trockenen sitzen laßt ...

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

in der BRD aktuell, je nach Rechnung, bei ungefähr fünf Prozent. Nur wenn schließlich das Tarifiergebnis höher als der kostenneutrale Verteilungsspielraum wäre, also in den Bereich der Umverteilungskomponente reichte, könnte man von einer Korrektur, oder besser gesagt, von einem „Korrektürchen“ der Verteilungsverhältnisse zwischen Profit und Arbeitseinkommen sprechen.

Betrachten wir die Entwicklung des Volksvermögens alleine in den vergangenen zehn Jahren, so stellen wir fest, dass es tatsächlich zu einer kräftigen Umverteilung innerhalb des Volksvermögens gekommen ist. Allerdings nicht so, wie man sich das bei den Gewerkschaften vorgestellt hatte. Der gesellschaftliche Reichtum ist in diesem Zeitraum gewaltig gewachsen. Alleine in den Jahren zwischen 2002 und 2007 stieg das Volksvermögen von 6,5 Billionen Euro auf runde acht Billionen. Der erwirtschaftete Vermögenskuchen wurde also absolut gesehen um 1,5 Billionen Euro größer. Die Stücke, die dabei auf die abhängig Beschäftigten entfielen, wurden das allerdings nicht. Im Gegenteil: Sie wurden sogar real kleiner! Konkret heißt das, dass die Reallöhne und Gehälter nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), um 4,2 Prozent gesunken sind. Dabei hätten sie, wie Michael Schlecht, Ökonom der Linkspartei im Bundestag, berechnet hat, um mindestens 11 Prozent steigen müssen (ND 6. Feb.). Erst bei dieser Steigerungsrate wäre der verteilungsneutrale Spielraum ausgenutzt gewesen.

Vor diesem Hintergrund entbehrt die Forderung von Michael Sommer auf der Jahrespressekonferenz des DGB nicht einer gewissen Komik. Er meinte, es müssten „kräftige Lohnerhöhungen her“. „Mindestens“ aber müssten die kostenneutralen Verteilungsspielräume abgedeckt werden. Von einer Umverteilungskomponente war bei Sommer nicht die Rede.

Dabei sieht die reale Lage innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen bei tieferer Betrachtung noch wesentlich übler aus. Bei den 4,2 Prozent, um die die Reallöhne gesunken sind, handelt es sich um einen statistischen Mittelwert, der noch relativ wenig über die wirkliche Situation aussagt.

Aus dem Soziökonomischen Panel des DIW, das die inflationsbereinigten Bruttolöhne der einzelnen Jahre angibt, ist erkennbar, dass die Werktätigen, die bereits vor zehn Jahren wenig verdient haben, überdurchschnittlich von dem Reallohnverfall betroffen sind. In dem Segment der Geringverdienenden liegen die Reallohnneinbußen durchschnittlich bei 9,5 Prozent. Auch der Facharbeiter- und Angestelltenbereich ist vom Reallohnverfall betroffen; allerdings begann das in den höheren Lohn- und Gehaltsgruppen erst seit dem Jahr 2005 zu wirken. Lediglich das oberste Zehntel der abhängig Beschäftigten erlitt real keine Lohnverluste, sondern konnte das reale Entgeltniveau bis jetzt (noch) halten. Es zeigt sich so, dass sich der Druck auf die Löhne von unten nach oben verallgemeinert hat und zwar unabhängig von der Konjunktur.

Eine gewollte Entwicklung



Geschuldet ist diese Entwicklung nicht zuletzt der Regierung Schröder, die 2003 die Agenda 2010 auf den Weg brachte. Mit ihr begann die wirkliche neoliberale Kapitaloffensive für Sozialabbau und Lohndumping. Neben der Verschlechterung und der teilweisen Vernichtung sozialstaatlicher Leistungen hat diese Politik nachhaltige Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen in den Betrieben gehabt. So sind heute Billigjobs und prekäre Arbeitsverhältnisse in den Betrieben allgegenwärtig. Und es scheint auch nicht so, als würde diese Entwicklung in absehbarer Zeit zu Ende sein. So arbeiten in der BRD aktuell sieben Millionen Menschen im Niedriglohnbereich. Das sind 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten. Besonders junge Leute sind von der Misere betroffen. Im vergangenen Jahr arbeiteten knapp 38 Prozent der 15- bis 25-Jährigen

in atypischen Arbeitsverhältnissen, also als befristet Beschäftigte, Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkverträgen. Die meisten dieser Arbeitsverhältnisse gehören in den Niedriglohnbereich.

Viele Industriebetriebe arbeiten heute bereits mit Belegschaften, die bis zu 40 Prozent aus Leiharbeitern bestehen, wie bei BMW in Leipzig. Diese gespaltenen Belegschaften bestehen auf der einen Seite aus Festangestellten mit allen tariflichen Rechten und auf der anderen Seite aus Beschäftigten, die sich perspektivlos in prekären Arbeitsverhältnissen befinden. Das ist nicht nur ein moralisches Problem, sondern hat auch ganz praktische Konsequenzen im kollegialen Umgang miteinander. Es entsteht ein verstärktes Konkurrenzdenken unter den Beschäftigten, mit der Folge, dass solidarisches, gemeinsames Handeln gegen die Unternehmermacht schwieriger wird oder sogar nicht mehr möglich ist.

Dass das keine Phrase ist, zeigt sich in der Entwicklung der Tarifbindung der Betriebe. Immer weniger Menschen fallen heute unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrages, weil die entsprechenden Unternehmer Tariffucht begingen. So arbeiteten nach Angaben des IAB in Nürnberg 1996 im Westen in privatwirtschaftlichen Betrieben 41 von 100 Personen (Ost: 29 Personen) zu tariflichen Arbeitsbedingungen. Im Jahr 2010 waren es nur noch 31 Personen (Ost: 18 Personen). Nun ist die Flucht eines Unternehmers aus dem Tarifvertrag keine einseitige Angelegenheit. Das ist immer auch die Angelegenheit der betroffenen Belegschaft. Fieht der Unternehmer aus dem Tarif, stellt sich für eine Belegschaft konkret die Frage, ob sie sich das gefallen lässt. Immerhin geht es für sie um die Verschlechterung ihrer materiellen Arbeitsbedingungen. Überall dort, wo es einem Unternehmer gelungen ist, aus dem Tarifvertrag auszubrechen, war die Belegschaft offensichtlich nicht bereit, sich zu wehren und für die eigenen materiellen Interessen zu kämpfen, obwohl die Gewerkschaften bei Tariffucht eines Unternehmers in der Regel versuchen, die Belegschaft zu mobilisieren. Ein nicht unmaßgeblicher Grund für diese Entwicklung liegt in der zunehmenden Spaltung

und Entsolidarisierung der Belegschaften.

Aus dieser Quelle wird auch der zunehmende Arbeitsstress gespeist. Wenn der Kollege mehr und mehr zum Konkurrenten wird, sieht man sich gezwungen, ihn mit der eigenen Arbeitsleistung zu übertrumpfen. Auch das hat Folgen. Die in jüngster Zeit in den Medien sich häufende Berichterstattung über das „Burn-out-Syndrom“ bei vielen abhängig Beschäftigten scheint zu bestätigen, dass die Menschen in den Betrieben mehr und mehr unter Druck stehen.

Für die Kapitalisten ist diese Entwicklung einfach fantastisch. So hat sich beispielsweise, wie das Statistische Bundesamt festgestellt hat, die Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde (inflationbereinigt) in der Exportindustrie von 36,60 Euro im Jahr 2000 auf 45,80 Euro im Jahr 2008 erhöht. Das ist eine Steigerung um fast 25 Prozent! Die Erfolge des deutschen Exportweltmeisters haben also ihre Ursache im erfolgreichen Lohndumping, der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Umverteilungspolitik von Unten nach Oben. Geht es nach den Herrschenden in diesem Lande, soll dieser „erfolgreiche“ Kurs fortgesetzt und ausgebaut

werden. Von der Politik ist gegen solche Pläne wenig Widerstand zu erwarten. Schließlich gebührt der SPD und den Grünen das Verdienst, das alles initiiert zu haben. Das wird auch von Merkel anerkannt. In ihrer Regierungserklärung vom November 2005 erklärte sie: „*Ich möchte Kanzler Schröder ganz persönlich danken, dass er mit der Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, unsere Sozialsysteme an die neue Zeit anzupassen.*“

Mehr Lohn und Übernahme der Jungen nach der Ausbildung

Die IG Metall hat bereits im November letzten Jahres in der Stahlindustrie den Auftakt zur jetzt anstehenden Tarifrunde gemacht. Von der Entgeltforderung in Höhe von 6,5 Prozent setzte sie nach mehreren Warnstreikwellen 3,8 Prozent höhere Entgelte und Ausbildungsvergütungen durch. Die Laufzeit des Tarifvertrags beträgt 15 Monate. Zusätzlich zur Entgelterhöhung wurde vereinbart, dass die Jugendlichen nach der Ausbildung unbefristet in ein festes Arbeitsverhältnis übernom-

men werden. Das ist natürlich eine deutliche qualitative Verbesserung. Die aktuelle Praxis in den Betrieben, in allen Branchen, ist, dass nach der erfolgreichen Ausbildung nicht mehr eine Festeinstellung erfolgt, sondern eine Befristung die nächste jagt. Gegen diese Praxis hat die IG Metall bereits im vergangenen Jahr mobilisiert und bei einem Aktionstag im Oktober letzten Jahres in Köln hat die Übernahmeforderung bei der Gewerkschaftsjugend sichtbar Unterstützung gefunden.

Am 7. Februar schließlich knüpfte der IG Metall-Vorstand mit seiner Forderungsempfehlung an die Stahltarifrunde an. Den regionalen Tariffunktionen der Metall- und Elektroindustrie empfiehlt er, die Forderung zu stellen, dass die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um bis zu 6,5 Prozent erhöht werden. Die Laufzeit des Vertrages soll zwölf Monate betragen. Darüber hinaus soll die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung, wie in der Stahlindustrie, auch in der Metall- und Elektroindustrie zur Regel werden.

In einem weiteren Forderungspaket geht es um „faire“ Bedingungen in der Leiharbeit. Die IG Metall will mit den Unternehmern der Metall-



und Elektroindustrie vereinbaren, dass Betriebsräte, also die Interessenvertreter der Beschäftigten in den Firmen, mehr Mitbestimmungsrechte zum Einsatz von Leiharbeitern erhalten.

Soweit die anstehende Tarifforderung für die 3,4 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Die derzeitigen Entgelttarifverträge laufen Ende März aus. Die Friedenspflicht endet am 28. April.

als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr und einem Wachstum von 76 Milliarden Euro gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 2008. So wird es auch, zumindest im ersten Halbjahr, trotz der Abwärtstendenzen beim Wachstum weitergehen. „*Faire Löhne*“ fordert deshalb die IG Metall für ihre Mitgliedschaft.

„*Die Beschäftigten sind in Vorleistung getreten*“, meinte Berthold Huber, der IG Metall-Vorsitzende, als er die Forderungsempfehlung der Öff-

nicht wesentlich. Im Stahlbereich schloss die IG Metall mit 3,8 Prozent ab. Wenn in der Metall- und Elektroindustrie, was anzunehmen ist, die Unternehmer ihr Angebot ebenfalls um rund ein Prozent erhöhen, bliebe noch eine Differenz von 2,5 Prozent. Um diese Differenz ginge es, wenn die Gewerkschaft mit einem Streik mehr durchsetzen wollte. In der Praxis wird es aber nicht gelingen und ist es bislang auch noch nie gelungen, eine Forderung zu 100 Prozent



Komplizierte Ausgangslage

Der Sachverständigenrat hat Ende des vergangenen Jahres für 2012 ein moderates Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent prognostiziert. In ihrem gemeinschaftlichen Herbstgutachten gehen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ebenfalls noch von einem geringen Wachstum aus, nämlich von 0,8 Prozent. Nun lagen in den vergangenen Jahren diese Herrschaften mit ihren Prognosen immer völlig daneben, doch gibt es zweifellos Indikatoren, wie den Abwärtstrend des Wirtschaftswachstums, die in Richtung Rezession weisen. Dabei ist das Risiko der momentanen Finanz- und Euro-Schuldenkrise mit dem möglichen Staatsbankrott Griechenlands noch gar nicht berücksichtigt.

Dem steht entgegen, und darauf beruft sich insbesondere die IG Metall zurecht, dass im vergangenen Jahr die Kapitalisten massive Profite eingefahren haben. Und das darf nicht verwundern, denn wie das Statistische Bundesamt Anfang Februar mitteilte, beliefen sich die deutschen Ausfuhren auf 1.060 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Plus von mehr

fentlichkeit präsentierte, „*und haben damit den wirtschaftlichen Erfolg erst möglich gemacht. Sie haben es verdient, dass das jetzt honoriert wird*“.

Gesammetall-Präsident Martin Kannegießer reagierte prompt auf Hubers Forderungsempfehlung an die Tarifkommissionen. Man müsse „*die Kirche im Dorf lassen*“, meinte er dazu. „*Drei Prozent höhere Löhne*“ seien möglich, „*mehr auf keinen Fall*“. Verwundert reibt man sich da die Augen. Dass Unternehmer auf Gewerkschaftsforderungen erst einmal ablehnend reagieren, liegt in der Natur der Sache. Dass aber bereits nach der Bekanntgabe der Forderungsempfehlung des Gewerkschaftsvorstands ein Lohnangebot folgt, ist neu. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn Kannegießer sagt, dass drei Prozent möglich seien. Ein taktischer Schachzug der Unternehmer, der die IG Metall in keine günstige Lage bringt.

Bevor die eigentlichen Verhandlungen in den Bezirken begonnen haben, liegt zwischen der Forderung und dem Angebot eine Differenz von 3,5 Prozent. Während der Verhandlungen werden sich die Unternehmer sicher, begleitet von Warnstreiks, bewegen, allerdings

durchzusetzen. Mit einem Streik könnte man den Unternehmern vielleicht ein zusätzliches Prozent zu dem letzten Angebot abtrotzen, also nicht gerade viel. Aber Streik ist ein großes Wort. Und ein Streik verlangt von den Streikenden nicht unerhebliche Opfer. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben. Ein Streik um solch kleine Forderungsdifferenzen ist kaum noch machbar. Es ist deshalb bei der aktuellen Gemengelage wahrscheinlich, dass sich der Abschluss im Bereich der Entgelte in der Höhe des Stahlabschlusses bewegt.

Wie hat Huber gesagt? Der Tarifabschluss soll den wirtschaftlichen Erfolg durch die Leistungen der Beschäftigten honorieren. Sicher wird man den wahrscheinlichen Abschluss nicht als angemessenes Honorar bezeichnen können. Bei einem Tarifergebnis von ungefähr vier Prozent ist nicht einmal der kostenneutrale Verteilungsspielraum voll ausgeschöpft, ganz zu schweigen davon, dass eine Umverteilungskomponente zum Wirken kommen wird. Die Konsequenz steht deshalb schon jetzt fest: Die Reallohnverluste werden fortgesetzt.

Qualitative Forderungen

Neben 6,5 Prozent mehr Geld fordert die IG Metall, wie gesagt, die unbefristete Übernahme von Azubis nach der Ausbildung und bessere Chancen auf Ausbildung für leistungsschwächere Jugendliche. Darüber hinaus setzt sie sich für tarifvertragliche Regelungen ein, um den Missbrauch der Leiharbeit einzudämmen. Betriebsräte, die Interessenvertreter der Beschäftigten, sollen künftig das Recht haben, mitzubestimmen, ob,

wie lange und in welchem Umfang Leihbeschäftigte im Betrieb eingesetzt werden. Parallel zu den Verhandlungen mit den Metall-Arbeitgebern verhandelt die IG Metall mit den Unternehmern der Verleihbranche über fairere Bezahlung der Leiharbeiter, die in Metallbetrieben eingesetzt sind. Der Forderungsansatz ist grundsätzlich richtig. Die Gewerkschaften müssen bei Strafe, bedeutungslos zu werden, etwas gegen die zunehmende Spaltung in den Belegschaften tun. Die Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern und Angestellten, um gemeinsame Interessen durchzusetzen, ist die Kernaufgabe einer Gewerkschaft.

An der aber haben die Unternehmer überhaupt kein Interesse. Im Gegenteil! Mit Niedriglohn, Werkverträgen, befristeter Arbeit und Leiharbeit leben sie sehr gut. Mit diesen Beschäftigungsformen ist es ihnen, wie die Entwicklung der Tarifbindung zeigt, in den zurückliegenden Jahren gelungen, den Einfluss der Gewerkschaften und Betriebsräte zurückzudrängen. Sie werden sich deshalb mit allen Mitteln gegen diese qualitativen Forderungen wehren. Gesamtmetall wies diese Forderungen deshalb auch prompt zurück. Kannegießer meinte in einer Presseerklärung dazu, dass die bestehende Flexibilität der Unternehmen nicht eingeschränkt werden dürfe, sondern eher noch ausgebaut werden müsse. „Mit einer Begrenzung der Zeitarbeit und einer unbefristeten Übernahmepflicht für alle

Auszubildenden würden wir der Metall- und Elektroindustrie einen Bärendienst erweisen. Das ist das Gegenteil dessen, was wir brauchen“. Und an der weiteren „Flexibilisierung“ der Betriebe arbeiten die Kapitalisten bereits äußerst zielgerichtet. So schreibt die IG Metall in einer Presseinformation, dass von



vielen Betriebsräten berichtet werde, dass zunehmend mehr Beschäftigte über Werkverträge angeheuert würden. So umgehen Unternehmer die wenigen bestehenden und eventuell kommenden gesetzlichen und tariflichen Mindeststandards für Leiharbeiter. Es wird also nichts dem Zufall überlassen.

Durchsetzung nur mit Streik

Für die anstehende Tarifrunde heißt das, dass die Forderungen und hier insbesondere der qualitative Forderungsblock auf dem Verhandlungswege kaum durchsetzbar sind. Es gehört zum Einmaleins der Tarifpolitik, zu wissen, dass qualitative Forderungen, die auf den ersten Blick nur einer Minderheit etwas nützen, alleine im Geleitzug weiterer Forderungen, die das Mehrheitsinteresse der Werkstätigen abdecken, durchgesetzt werden können. In der diesjährigen Tarifrunde liegt das Hauptinteresse ganz eindeutig auf der Forderung nach mehr Entgelt.

Die Problematik, mit einem Streik das Forderungspaket zu erzwingen, wurde im Text oben dargestellt. Berthold Huber hat bei der Präsentation der Vorstandsempfehlung an die Bezirke die Aussage gemacht: „Für uns sind alle diese drei Forderungselemente gleichwertig“. Nach Huber wird sich also

die IG Metall in der Tarifrunde in der Frage der Entgelte, bei der Übernahme der Azubis und der Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Beschäftigung von Leiharbeitern in gleichem Maße und gleicher Ernsthaftigkeit einsetzen. Das mag

Hubers moralischem Selbstverständnis entsprechen, nicht aber der gewerkschaftlichen Realität. Der Verlauf der Tarifrunde wird zeigen, dass Huber seinen Anspruch aufgrund dieser Realität zurückschrauben muss.

Das gilt mit Sicherheit auch für die „fairere“ Bezahlung der Leiharbeiter, die in Metallbetrieben eingesetzt sind. Für diese KollegInnen sollen ja parallel mit den entsprechenden Unternehmerverbänden bessere Löhne ausgehandelt werden. „Eine weitgehende Angleichung der Löhne innerhalb der Branche ist das Ziel“, so der IG Metall-Vize Detlef Wetzel gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* im Februar. Wetzel geht in einem Interview auf die Lage der Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie ein und meint, die Leiharbeiter hätten ihren Anteil zum Erfolg der Branche beigetragen. Daher sei es nur gerecht, wenn sie „genauso wie die Stammbeschäftigten“ davon profitieren. Da hat Wetzel sicherlich Recht. Aber Recht haben und dieses Recht durchsetzen sind bekanntermaßen zwei Paar Stiefel. Wo gilt das mehr als in einer Tarifrunde! In besagtem Artikel geht Wetzel auch auf die positive Mitgliederentwicklung der IG Metall ein. Dabei stellt er den Leiharbeiterbereich besonders heraus. Um 70 Prozent sei dort im vergangenen Jahr die Mitgliederzahl gestiegen, von rund 21.000 auf 36.000. Wer aber weiß, dass, laut Bundesagentur für Arbeit, die Leiharbeitsbranche 2011 mit 910.000 Beschäftigten einen neuen

Höchststand erreicht hat, der erahnt, dass man mit einem solch geringen Organisationsgrad bei Tarifverhandlungen zu kollektivem Betteln verurteilt ist.

Am 15. Februar meldet die *Stuttgarter Zeitung*, dass die IG Metall Baden-Württemberg mit einer Reihe von Personaldienstleistern einen Ergänzungstarifvertrag abgeschlossen hat, der Leiharbeitern in dieser Branche mehr arbeitsrechtliche Sicherheit und mehr Geld bringen soll. Die Leiharbeiter erhalten vom ersten Tag des Einsatzes an ein Entgelt, das sich an dem Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie orientiert. Zudem haben sie einen Anspruch auf 30 Tage Urlaub im Jahr sowie auf Mehrarbeits- und Feiertagszuschläge.

Nanu, fragt man sich da. Es geht also doch! Offensichtlich können Tarifverträge auch ohne gewerkschaftliche Machtbasis durchgesetzt werden. Bei genauerer Betrachtung der Pressemeldung stellt man aber fest, dass die zitierte Tarifvereinbarung einen „Schönheitsfehler“ hat, wie die *Stuttgarter Zeitung* schreibt, nämlich „...dass die großen deutschen Zeitarbeitsunternehmen im Kreis der Firmen fehlen, die diesen

Ergänzungstarifvertrag unterschrieben haben. Vielmehr handelt es sich um fünf sozial orientierte oder gewerkschaftsnahe Firmen wie die *Stuttgarter Neue Arbeit* oder die *Transfergesellschaft Mypegasus*“. Einen ähnlichen Tarifvertrag hat die IG Metall auch im vergangenen Herbst in der Stahlindustrie abgeschlossen und es gibt in den großen Automobilfirmen ähnliche Vereinbarungen, welche die Besserstellung von Leiharbeitern regeln.

Tariferfolge durch Korporatismus?

Solche „Erfolge“ sind dort möglich, wo seit Jahren in der Branche und den Betrieben der Korporatismus gepflegt wird, also die friedliche Zusammenarbeit der Parteien, die ihrem Charakter nach antagonistische Interessen haben. In der Stahl-

industrie wird in dieser Weise über das Montanmitbestimmungsgesetz bereits seit Jahrzehnten gearbeitet; in den Konzernbetrieben gewinnt mehr und mehr das Co-Management an Boden. Und eine solche Linie wird, seit der Vorstandschaft von Huber und Wetzels, in der IG Metall sichtbar gepflegt. Beide sind der Auffassung, dass ihre Politik die richtige Antwort auf die Herausforderungen der „Globalisierung“ ist. Sie wollen nicht mehr „gewerkschaftliche Gegenmacht“ sein, sondern den Kapitalismus mitgestalten. Neu ist dieser Weg nicht. Auch in den 60er und 70er Jahren stand der Mitgestaltungsanspruch in den Programmen der Gewerkschaften. Aber immerhin verstand man sich damals als Gegenmacht zur realen Unternehmermacht. Das halten Hu-



Huber und Kannegiesser

ber und Wetzels heute für antiquiert. Sie sehen sich als Manager und nicht länger als Arbeiterführer – auf gleicher Augenhöhe mit den Managern der Kapitaleseite. Der Weg, den die IG Metall heute geht, ist der Weg der IG BCE, bei der die Kooperation mit dem Klassegegner die Gewerkschaft fast bis zur Unkenntlichkeit verkommen lassen hat. Wenn Ausgleich und Kooperation mit dem Gegner im Vordergrund stehen, meidet man die Konfrontation. Dann glaubt man an die Vernunft des „Sozialpartners“ und auch daran, mit Argumenten mehr zu erreichen als mit gewerkschaftlicher Aktion, sowohl bei den Gegnern in den Verbänden und Betrieben als auch in Parteien und Regierung.

Aber alle Erfahrungen in der Geschichte der Arbeiterbewegung zeigen, dass eine friedliche Zusammenarbeit zwischen dem ökonomisch Starken und dem ökonomisch

Schwachen auf Dauer nur zu Lasten der Schwachen geht. Der ökonomisch Starke verzichtet bei diesem Korporatismus nicht auf seine Machtstellung, die auf seinem Kapitaleigentum beruht. Die Gewerkschaften dagegen geben bei dieser friedlichen Zusammenarbeit ihr einziges Druckmittel, den Klassenkampf, aus der Hand.

Lob der Kapitalisten

Die Metamorphose der IG Metall von einer relativ kämpferischen Organisation zum „Friedensengel“ wird von den Kapitalisten und ihren politischen Handlangern in Parteien und Regierung natürlich gerne gesehen. Das wird für die Öffentlichkeit sichtbar in den Schmeicheleien der Merkel und des Bundespräsidenten auf dem vergangenen Gewerkschaftstag der IG Metall.

Wulff unterstrich am Auftaktabend des Gewerkschaftstages die Bedeutung der Gewerkschaften. Er meinte, es sei auch ein Verdienst der Arbeitnehmerorganisationen, dass die Wirtschaft nach der Krise weltweit einzigartig dastehe. „Sie haben Maß gehalten in Zeiten, als andere jegliches Maß verloren haben“, lobte Wulff

laut *Stuttgarter Zeitung*.

Zwei Tage später haute Merkel in dieselbe Kerbe. Sie führte aus, dass ihr Ziel gewesen sei, „dass Deutschland stärker aus dieser Krise hervorgehen soll, als es hineingegangen ist. Das ist erreicht worden – auch mit Hilfe der IG Metall. In einem Gemeinschaftswerk von Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik ist uns das gelungen“. Das „vertrauensvolle Miteinander“ und die „Sozialpartnerschaft“, hätten sich bewährt, so die Kanzlerin.

Zu der Lobhudelei hat man anschließend nicht nur aus Höflichkeit den Staatsrepräsentanten gegenüber geschwiegen. Weder von den Vorstandsmitgliedern, noch von einzelnen Delegierten kam dazu ein negativer Kommentar. Wahrscheinlich hat man sich, zumindest in der Vorstandsspitze, in seiner Politik bestätigt gesehen. Und das Ganze hört nicht auf.

Allenthalben häuft sich die positive Berichterstattung in den bürgerlichen Medien zur Politik der IG Metall. Die beiden Vorsitzenden werden geradezu mit Lob überschüttet. So bezeichnet das *Handelsblatt* in einem Portrait des IGM-Vize Wetzel, diesen als

„einen begnadeten Organisator schlagkräftiger Kampagnen“. Und die *FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND* widmet in der Reihe „Dream-Teams der deutschen Wirtschaft“ Huber und Wetzel im Februar einen Artikel. Dort steht über die beiden geschrieben: „Die beiden Vorsitzenden der IG Metall bauen Europas mächtigste Gewerkschaft um. Sie sind keine Dogmatiker,

sondern Pragmatiker – und haben durch neuartige Tarifverträge geholfen, Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen. Sogar die Kanzlerin ist begeistert.“ In dem Artikel kommt auch Martin Kannegiesser, Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, zu Wort, der sich sehr zufrieden zeigt, dass sich Huber 2003 gegen seinen „links-ideologischen Kontrahenten Jürgen Peters“ durchgesetzt hat. Sein Verhältnis zu Huber gilt als entspannt, die Klassenkampfzeiten sind passé, so die Zeitung.

Dabei stehen sie erst noch bevor! Für die beiden Vorsitzenden jedoch scheint das zu stimmen. Sie haben den Klassengegner zu ihrem Partner gemacht. Deshalb kommt ihnen auch nicht das alte Bebel-Zitat in den Sinn „Wenn dich deine Feinde loben, hast du etwas falsch gemacht“.

Arbeiterbewusstsein heute

Bei der Mitgliedschaft trifft der Kurs der Gewerkschaftsführung offensichtlich auf Akzeptanz. Die IG Metall ist im DGB eine der wenigen Gewerkschaften, die im vergangenen Jahr einen deutlichen Mitgliederzuwachs hatte. Die Frage allerdings ist: wegen oder trotz des Kurses der Führung? Die Frage lässt sich allerdings nicht einfach beantworten.

Junge Welt, *UZ* und *Neues Deutschland* berichteten vor kurzem über eine Untersuchung der Universität Jena. Der Soziologe Klaus Dörre hat mit seinem Forschungsteam die Thematik „Klassenbewusstsein in der Krise“ aufgegriffen und insgesamt 2.074

So wundert es nicht, dass sich bei den Stammbesuchsgruppen eine Art Wagenburgmentalität entwickelt: „Die eigenen Chancen auf Beschäftigungssicherheit steigen, wenn man den Club der Festangestellten einigermaßen exklusiv hält“ (jW).



Merkel, Huber und Wetzel auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall

Arbeiter in Ost- und Westdeutschland befragt. Dabei ergaben sich deutliche Unterschiede im Denken zwischen Ost und West. Hier interessieren aber nur die Gemeinsamkeiten, die in beiden Landesteilen bestehen.

Das wichtigste Ergebnis der Studie, für Gewerkschafter wenig überraschend, ist: Die tiefe wirtschaftliche Krise stellt sich selbst für die Beschäftigten in relativ stabilen Industrie- oder Dienstleistungsbetrieben mit „sicheren“ Arbeitsverhältnissen als dauerhafte Infragestellung und Bedrohung der eigenen Existenzgrundlagen dar (*UZ*). Das führt bei mehr als der Hälfte der Befragten zu der Meinung, dass die heutige Wirtschaftsweise „auf Dauer nicht überlebensfähig“ sei. Dieser durchaus kapitalismuskritische Bewusstseinsansatz ist allerdings von ambivalentem Charakter. Er setzt sich nicht ohne weiteres in politisches und aktives gewerkschaftliches Engagement um. Zwar wird das Wirken der Gewerkschaft grundsätzlich für gut befunden, aber es kommt trotzdem zur Entsolidarisierung der Besuchsgruppen. Für viele geht es in diesen Zeiten nur noch darum, die eigene Haut zu retten. Vor allem Arbeiter in der AltBRD stimmen der Aussage zu: „Es reicht nicht mehr für alle“. Und nicht jeder – zum Beispiel Leiharbeiter – könne noch „mitgenommen“ werden.

Man kann einem Huber und einem Wetzel sicher nicht die Schuld für die aktuelle Bewusstseinshaltung ihrer Mitgliedschaft geben. Aber sie tun auch nichts, um dies zu ändern. Im Gegenteil: mit ihrem politischen Kurs der Anpassung an das Kapital und der Zusammenarbeit mit dem Kapital verfestigen sie nur noch dieses Bewusstsein.

Wie auf dieser Basis in der vor uns liegenden Tarifrunde eine Haltelinie gegen die weitere Prekarisierung der Arbeit gezogen werden soll, steht in den Sternen.

Stand 16. Februar 2012

Anzeige

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.
2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.



Nordkorea

Die gefrorene Revolution – Teil I

Nach dem 17. Dezember 2011 rückte das Land erneut in die Schlagzeilen der Weltmedien: Kim Jong-il war gestorben, angeblich unbemerkt von US- und südkoreanischen Geheimdiensten. Der „geliebte Führer“, so eine der offiziellen Anredeformen für Kim Jong-il, war einem Herzinfarkt erlegen, genauso wie sein Vater Kim Il-sung.

„Koreas eiskalte Sonne“, wie die *Süddeutsche Zeitung* im Überschwang der Metaphern titelte, diente im Westen als eines der letzten und besonders bizarren Beispiele kommunistischer Herrschaft, das in der Lage war, sämtliche Abwehr- und Aggressionsmechanismen auf seine Person zu ziehen. Seinen Namen ohne den Zusatz „Diktator“, ohne den Hinweis auf die „Dynastie“ zu erwähnen, war nicht möglich, schien selbsterklärend zu sein.

Alle Kim-, Kommunismus-, Diktatur- und Ostasienexperten, die sich um den Jahreswechsel herum auftreiben ließen, durften ihre sehr dürftigen Expertenmeinungen über die Zukunft Nordkoreas zum besten geben, Spekulationen konnten und sollten ins Kraut schießen, denn schließlich habe man es mit dem abgeschlossensten Land der Erde zu tun, fremd und unberechenbar.

Nach längerer Beschäftigung mit den Unabhängigkeits- und Entwicklungsprozessen in Ostasien wollte ich mir letztes Jahr ein eigenes Bild von diesem Land machen und bin im August nach Nordkorea gereist. Ich wollte nicht als neuer „Experte“ zurückkehren und bin es auch nicht. Deshalb sollen die folgenden Ausführungen nicht so gelesen werden, dass das Land „erklärt“ wird. Ich werde Ausgangsbedingungen und Entwicklungen in Nordkorea darlegen und will damit die These, die in der Überschrift liegt, beweisen.

Nordkorea ist weltpolitisch ein Zwerg, wenn man Größe und Einwohnerzahl als Maßstab nimmt: so groß wie Griechenland, eine Be-



völkerungszahl, 24 Millionen, etwa wie Rumänien. In Südkorea lebt mehr als die doppelte Anzahl von Menschen. Kennzahlen aus dem sozial- und gesellschaftspolitischen Sektor gleichen partiell denen aus entwickelten Industrieländern: die Bevölkerungsentwicklung des letzten Jahrzehnts entspricht derjenigen Italiens, die Alphabetisierungsrate und der Zugang zu sauberem Trinkwasser

liegen bei (fast) 100 % der Bevölkerung. Die Gesundheitsfürsorge, die kostenfrei ist (die mögliche Qualität dieser Fürsorge ist freilich ein ganz anderes Thema!), eine elfjährige Schul- und Ausbildungspflicht für alle Jugendlichen sichert und übertrifft Lebensverhältnisse, die auch in höher entwickelten Ländern der Peripherie (Kasachstan, Philippinen, Dominikanische Republik oder die

palästinensischen Gebiete) anzutreffen sind. Nebenbei: das Land mit dem Glücksfaktor im Sozialprodukt, das so gerne zitierte, friedfertige Bhutan, weist eine Kindersterblichkeitsrate auf, die zweieinhalb Mal höher ist als die nordkoreanische. Soweit zum Thema der selektiven Wahrnehmung.

Nach den Wirtschaftsdaten aber erscheint Nordkorea als ein typisches Land aus den ärmsten Regionen der Erde. Das Inlandsprodukt entsprach 2009 dem der Elfenbeinküste und die, selbst unter diesen Bedingungen, bescheidenen Außenhandelszahlen machen das Land in der Tat sehr speziell.

Nicht zu vergessen: Nordkorea verfügt über eine der personell stärksten Armeen der Welt, ca. 1 Million Menschen unter Waffen, mit hoher konventioneller Feuerkraft und den Testläufen der Atombombenzündungen in den Jahren 2006 und 2009. Darauf wird noch einzugehen sein.

Die Teilung Koreas

Die koreanische Halbinsel stand in historischer Zeit beständig unter fremdem Einfluss. Dies gilt für die Feudal(teil)reiche vor 2000 Jahren unter chinesischer Dominanz ebenso wie für die japanischen Ansprüche auf das Land in der Neuzeit. Gelang es zeitweise, Ansprüche von außen zurückzudrängen, versuchte man sich möglichst umfassend abzuschotten. Auch die ersten europäischen „Entdecker“ des 17. Jahrhunderts wurden viele Jahre gefangengenommen.

Schließlich erzwangen die europäischen Kolonialmächte, die USA und nicht zuletzt Japan eine Öffnung des Landes über seine Hafenzentren. Das alte koreanische Choson-Reich war nach zähen Abwehrkämpfen, feudalistisch dominiert, korrupt und antimodern, wie es war, zusammengestürzt. Nach wenigen Jahren Besetzung annektierte Japan 1910 das Land, plünderte es aus, verschleppte seine Menschen, verbot seine Kultur, seine Schrift und Sprache.

Diese höchste Demütigung rief vielerlei Gegenkräfte mit vielerlei

Motiven in Korea hervor, die unter dem Signum des antijapanischen Kampfes vereint waren. Kim Il-sungs Familie, eine mittlere Bauernfamilie mit dem christlichen Hintergrund der Mutter, war Teil dieses nationalen Widerstandes und musste kurz nach Kims Geburt nach Norden, in die Mandschurei, ausweichen.

Die nordkoreanische Geschichtsschreibung weiß von zahlreichen theoretischen wie militärpraktischen Heldentaten des jungen Kim Il-sung zu berichten, welche seine Führerschaft von Anbeginn an legitimieren sollen.



De facto ist etwas weniger bekannt: Als begabter Nachwuchskader, der in den 1930er Jahren dem japanischen Druck auf die Mandschurei auswich, kam er in den fernen Osten der Sowjetunion, wurde dort militärisch und strategisch ausgebildet und zählte zu der kleineren Gruppe koreanischer Sowjetsoldaten, die 1945 mit der Roten Armee den Norden Koreas besetzten. Der Süden war nach der Kapitulation Japans von den USA okkupiert worden. Der 38. Breitengrad bildete die Scheidelinie zwischen den unterschiedlichen Kräften Koreas, zwischen bäuerlichen und intellektuellen Schichten und einer Arbeiterklasse in ihren Anfängen im Norden, die für Bodenreform, Vergesellschaftung von Industrie und nationale Befreiung standen und den Begünstigten japanischer Entwicklungspolitik, den politisch Privilegierten, den Mittel- und Großgrundbesitzern sowie religiös Gebundenen im Süden, die eine Staatsgründung unter Beibehaltung der überkommenen sozialen Ordnung vorzogen. Der 38. Breitengrad trennte aber auch die inzwischen feindlichen Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Die Teilung hat also einerseits Ähnlichkeiten mit der deutschen, weist andererseits aber einen entscheidenden Unterschied auf: es wird kein Aggressor und Kriegsverlierer geteilt, sondern ein zuvor besetztes und geschundenes Land, das harte Opfer für seine Befreiung gebracht hat und jetzt zwischen den neuen Supermächten zum Spielball zu werden droht.

Die Sicherung der Macht schien in beiden Teilen Koreas nach dem europäischen Muster zu funktionieren. Im Süden brachten die USA einen ihnen genehmen Präsidenten, Rhee

Syng-man, gleich mit, die Widerstandsbewegungen gegen Japan wurden in die Neubildung einer Regierung nicht einbezogen. Erbitterte Kämpfe um die Macht, die Flucht der antijapanischen, jetzt antiamerikanischen Verlierer dieser Auseinandersetzungen und die Festsetzung Hunderttausender von Gegnern, Sympathisanten und Denunzier-

ten in Internierungslagern waren die Folge. Aus dem Norden setzten sich dagegen diejenigen ab, die dort die brachiale Einigungspolitik ablehnten, für die ab Oktober 1945 verstärkt der Name Kim Il-sung stand.

Die ungeheuer Härte dieser Auseinandersetzungen, die einen 40 Jahre währenden Widerstand nahtlos fortsetzten, ist der Schlüssel zum Verständnis der Gewaltorgien im ersten Kriegsjahr 1950/51.

Kim vertrat nach 1945 eine Minderheitengruppe innerhalb derjenigen Kräfte, die den sozialistischen Umbau der Gesellschaft anstrebten: er entstammte weder dem nord- oder südkoreanischen Untergrund noch gehörte er zu den zurückkehrenden Kämpfern aus der Mandschurei, die eben noch gegen Japaner und für die nachrückenden Truppen Maos Krieg führten. Er führte die kleine Gruppe Koreaner aus der Sowjetunion, die z.T. seit Generationen im russischen Fernen Osten lebten, also eher russisch sozialisiert waren und fast durchgehend in der Roten Armee Dienst taten. Aber hinter Kim stand die sozialistische Siegermacht des Weltkrieges.

Und diesen Vorteil spielte er ohne zu zögern aus. Die politischen Entscheidungsorgane wurden noch 1945 im „Administrativbüro der fünf Provinzen“ zentralisiert, aus dem über Zwischenschritte bis 1948 die Oberste Volksversammlung hervorging. Am 8. September 1948 wird Kim Il-sung Präsident, am Folgetag wird die „Demokratische Volksrepublik Korea“ proklamiert.

Ursprünglich vorgesehene gemeinsame Wahlen, die Voraussetzung für eine einheitliche Regierung Koreas, waren wegen der de facto-Beset-

Staat aus, bevor der Norden nur mehr reagieren konnte. Interessant zu sehen ist, dass die Durchsetzung der jeweils herrschenden Verhältnisse auf beiden Seiten gelang, während/obwohl die Besatzungsmächte ihre Truppen abzogen.

Die Konsolidierung der Macht

Es müssen sich in der „Partei der Arbeit Koreas“ (so heißt die Partei nach mehreren Vereinigungen mit anderen Nord- und Südparteien seit

machte, dass sich seine Linie, mehr noch: er persönlich, durchsetzte.

Er betrieb eine Politik, die mit Blick auf die Masse des Volkes sehr konsequent und sehr rasch die Weichen im Lande auf Sozialismus stellte. So erfolgten allein 1946 die Bestimmungen über eine Bodenreform und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Bodenschätze, von Fischerei und Forsten. Er wusste diese Erfolge bei zahlreichen öffentlichen Massenauftritten gebührend darzustellen und sich dafür feiern zu lassen.



zung beider Landesteile unmöglich geworden.

Von der Nutzlosigkeit historischer Spekulationen abgesehen, wären die gesamt-koreanischen Wahlausichten für Kim und die Kommunistische Partei Nordkoreas, der Vereinigung der Parteigruppen aller fünf Nordprovinzen im Jahr 1946, nicht so schlecht gewesen, über Koalitionen von Parteien aus beiden Landesteilen eine linke Regierung zu bilden. Nur stand diese Art der Regierungsbildung nicht auf der Tagesordnung. Aus verschiedenen Ursachen heraus spielten die Pläne der jeweiligen Machthaber einander in die Hände.

Gewählt wurde also strikt getrennt, der Süden rief unter amerikanischer Aufsicht seinen eigenen

Mitte 1949) enorme Machtkämpfe abgespielt haben, zieht man in Betracht, dass die dort vertretenen Gruppierungen unterschiedlichste Kampf- und Überlebenserfahrungen mitbrachten. Diese Konflikte wurden nach dem Muster von Linientreue und Abwechslertum ausgetragen. Aus den Ausgeschlossenen, den eigenen Weggefährten, wurden umgehend Feinde, die eliminiert werden mussten und damit aus dem kollektiven Gedächtnis der revolutionären Gesellschaft verbannt waren und bis heute bleiben.

Es griffe zu kurz und wäre deshalb falsch, wenn man bloß die Skrupellosigkeit und den Machtwillen Kims, samt dem Schutz der Sowjetunion, dafür verantwortlich

Eine sozialistisch strukturierte Organisationsform, die sowohl die Ausrichtung auf Japan abschüttelte als auch die Übernahme der ökonomischen Macht durch eine noch in ihren Anfängen stehende, aber bereits vorhandene kapitalistische Klasse von Beginn an durchkreuzte, nutzte der ganzen Nation. Die Überzeugung vertrat Kim Il-sung glaubwürdig, gewann damit die Unterstützung von Arbeitern, Bauern, Kleingewerbetreibenden. Die Revolution legitimierte sich zusätzlich durch den nationalen Befreiungskampf und Kim war in der kurzen Phase bis zur Ausrufung der Republik ihr Gesicht geworden. Alle potenziellen (und tatsächlichen) Gegner lassen sich mit einer Parteistruktur, die sich wegen der

mehrfachen Vereinigungen ständig verändert, fraktionieren und schließlich isolieren.

Zu einer Gehorsamkeitsprobe gerät dabei die Ausrichtung auf die Person Kim Il-sung. Der Personenkult spiegelt zum einen reale Bedürfnisse zu dieser Zeit in Partei und Bevölkerung wider, zum anderen ist damit das definitive Ende der Diskussion um die richtige Linie der Partei verkündet. Jede Abweichung ist ab jetzt eine grundsätzliche, gegen den Erfolg der Volksrepublik gerichtete und wird mit den Mitteln des Widerstandes und des Krieges bekämpft.

Die euphorische Aufbauphase kann auf Verkehrswege, Eisenbahntrassen, Hafenanlagen und grundlegende industrielle Strukturen, welche in der Okkupationszeit geschaffen wurden, ohne lange Vorbereitungszeit zurückgreifen. Kohle und andere Bodenschätze werden gefördert und verarbeitet, während gleichzeitig im Süden Koreas der von US-Gnaden regierende Rhee Syng-man, seines Zeichens jahrzehntelanger Präsident einer in den USA sitzenden Exilregierung, der sein Reservistendasein gegen eine wirkliche Präsidentschaft eintauschen durfte, mit brutalen Unterdrückungs- und Säuberungsmethoden das Land „kommunistenfrei“ macht. Stellvertretend dafür sei das Massaker auf der Insel Jeju genannt, bei dem 1948/49 auf der Jagd nach Gegnern 400 Siedlungen vernichtet und zwischen 30.000 und 40.000 Bewohner getötet wurden, ein Viertel der Bevölkerung.

Nachdem die USA ihren Truppenbestand aus Südkorea abzogen, besser gesagt: ihre Kräfte nach Japan oder in die Nähe Taiwans verlegten, scheint die nationale Frage auf die Tagesordnung zurückzukehren. Kim Il-sung ist im Süden nicht mehrheitsfähig, aber Rhee ist es ohne schwerste Wahleingriffe und Unterdrückungsmaßnahmen auch nicht. Für die Flüchtlinge aus dem Süden,

die der Verfolgung weichen mussten, die (südkoreanische) „Arbeiterpartei“ („*Namrodang*“ mit Kims Gegenspieler Park Hun-young an der Spitze) war die Zeit für die Vereinigung gekommen. Kim Il-sung teilte diesen Standpunkt, nicht aber die gesamte Parteiführung.

Der Krieg



Kim Il-sungs Selbstsicherheit stieg in dem Maße, in dem sich die uneingeschränkte Anerkennung seiner Führung zum entscheidenden Kriterium der Zuverlässigkeit und Parteitreu durchsetzen ließ. Den Rüstungsauf- und -ausbau, auch mit schweren Waffen, hatte die UdSSR vorangetrieben und sich 1948 aus Nordkorea zurückgezogen. „*Ihr Mann*“ war der Garant dafür, dass die sozialistische Umwälzung im Sinne der Sowjetunion entschieden weitergeht.

Kim spricht wohl bei Stalin wegen der Kriegsfrage vor, erhält aber kein rasches Einverständnis. Als er schließlich eine Unterstützungszusage bekommt, scheinen die Garantien nicht weitgehend zu sein. Im Krieg selbst werden Rotarmisten in der Luftwaffe eingesetzt und sind dem hemmungslosen Bombardement der US-Air Force ausgesetzt. Tapferkeit allein kann das Fiasko, die absolute Lufthoheit der USA, nicht verhindern.

Weder sowjetische Bodentruppen noch Marineeinheiten sind im Einsatz und auch mit der diplomatischen Unterstützung ist es nicht

weit her. Unmittelbar nach Aufnahme der Kampfhandlungen, die mit dem 25. Juni 1950 datiert werden, ohne die vorhergegangenen schwersten gegenseitigen Provokationen und Überfälle zu berücksichtigen, tagt der UNO-Sicherheitsrat. Er stellt Nordkorea ein Rückzugsultimatum. Die Sowjetunion boykottiert zu dieser Zeit die UNO, die Taiwan als den legitimen chinesischen Vertreter anerkannt hatte, und kann (oder will) kein Veto einlegen.

Der diplomatische Sieg der USA geht so weit, dass weder die UdSSR noch die VR China sich mit regulären Truppen auf die Seite des Nordens stellen. Die USA sammeln mit diesem UNO-Beschluss in der Tasche die Zusagen der NATO-Staaten, pazifischer Anrainerstaaten und einiger weniger, politisch gebundener, „*Exoten*“ ein, Kampftruppen und medizinisches Versorgungspersonal zu stellen. Mehr als 90

Prozent der ausländischen Militäreinheiten auf der Seite des Südens (und der Opfer unter diesen, ca. 50 000 Tote) waren US-Amerikaner. Parallelen zum Einsatz der „*Koalition der Willigen*“ im Irak sind nicht zu übersehen.

Dass es zum Krieg kam, lag im Kalkül beider Seiten. Deshalb ist es müßig, nach einem Aggressor zu fragen. Aus Sicht des Nordens, also Kim Il-sungs, muss die historische Gelegenheit zur Vereinigung genutzt werden. Schließlich war auch die sozialistische Befreiung Chinas gelungen und die Kolonialmächte in der Region geraten mehr und mehr unter Druck (Indonesien, Vietnam). Der Sozialismus ist weltweit auf dem Vormarsch, warum soll ihn ein menschenverachtendes Satrapenregime im Süden aufhalten?

Rhee Syng-man dagegen lenkt von seinen innenpolitischen Problemen ab, die darin ihren Höhepunkt finden, dass sich die Schutzmacht einem für sie wichtigeren Schauplatz zuwendet und der US-Außenminister Anfang 1950 Südkorea ausdrücklich aus seiner asiatischen „*Verteidigungslinie*“ ausschließt. Um das Interesse der

USA auf sich zu ziehen und damit seine Person und Position abzusichern, kalkuliert Rhee den Krieg in Korea ein.

Innerhalb eines Vierteljahres nehmen nordkoreanische Truppen den Süden bis auf das Gebiet um Busan ein, das zum militärischen Rückzugs- und Aufmarschraum ausgebaut wird. Dass die südkoreanische Armee kaum vorhanden und völlig unterbewaffnet gewesen sein soll, gehört in das Reich der Legenden. Auch dass die USA erst nach dem UNO-Beschluss in die Kampfhandlungen eingreifen, ist falsch. Von Anfang an lässt General MacArthur nordkoreanische Militäreinrichtungen, Truppenteile, Versorgungslinien, aber auch zivile Ziele, soweit das unterscheidbar ist, bombardieren, auch Napalm wird ab den ersten Tagen des Krieges verwendet.

Die Truppen des Nordens dringen rasch vor, dies ist nicht nur ihrer militärischen Überlegenheit geschuldet, die von Beginn an fragil, weil nur auf kurze Zeit ausgerichtet, ist. Trotz offenkundiger Gräueltaten stößt der Vormarsch selten auf harten Widerstand. Südkoreanisches Militär weigert sich nicht selten, für ihr eigenes Regime und gegen die nationale Befreiung zu kämpfen und wird von eigenen Einheiten in den Kampf gezwungen. US-Militär räumt dazu „Widerstandsnester“ im Süden, d.h. es kommt zu bis in die jüngste Vergangenheit hinein totgeschwiegenen Massakern und Kriegsverbrechen, von denen keines geahndet werden wird. Die südkoreanischen Machthaber organisieren Massenerschießungen von Regierungsgegnern und allen, die dafür gehalten werden. Die Inhaftigung zigtausender „Feinde der Demokratie“ des Südens in Internierungslagern endet im Regelfall tödlich, bevor sie sich auf die Seite ihrer nahenden Befreier stellen können.

Im Gefolge der Nordtruppen kommen die vertriebenen Polit-Kader zurück, um die Verwaltung der eroberten

Städte und Gebiete zu übernehmen. Das tun sie ohne Rücksichten, die „Revolution“ verläuft als blutiger Rachefeldzug an ihren Peinigern und anderen „Verrätern“. Eine Konsolidierung der sozialistischen Kräfte gelingt im Süden allerdings nirgendwo. Vergesellschaftung, gar kollektive und geplante Produktion können unter diesen Bedingungen nicht durchgesetzt werden. Das Interesse der Befreier



in den „befreiten“ Städten besteht allein darin, dem Feind keinerlei Ressourcen zu überlassen, eine Strategie der verbrannten Erde.

Diese „verbrannte Erde“ ist flächendeckend wörtlich zu nehmen, was die US-Bombardements im Norden angeht. Bruce Cumings spricht (in *Le Monde diplomatique*, Dezember 2004) davon, dass seit Sommer 1950 zwischen 600 und 800 Tonnen Bomben täglich(!) auf Nordkorea fallen und er beziffert die Verwendung von Napalm zwischen Juni und Oktober 1950 auf 3,3 Millionen Liter dieser gallertartigen, leicht entzündlichen Masse, die „lebende Fackeln“ liefert. „In Korea wurden viel mehr Napalmbomben abgeworfen als in Vietnam, und ihre Wirkung war verheerender (...)“ In dieser militärischen Vernichtungsaktion wird der Hass auf alles, was sich sozialistisch oder kommunistisch nennt, offenbar, auf die falsche, nicht US-gesteuerte Entkolonialisierung, auf Maos Sieg in China.

Die westliche Mär vom Korea-Krieg geht gerne davon aus, dass die „kommunistische Flut“ schon fast den

gesamten Süden überschwemmt habe, der kurz vor Toresschluss doch noch befreit werden kann. Die Wahrheit ist dies nicht. Ende Juni, mit Kriegsbeginn also, greifen amerikanische und australische Truppen ein, zuerst mit schwerem Beschuss von der See aus und mit permanenten Luftangriffen auf Nordkorea. Eine Seeblockade tritt in Kraft.

Denn die schnelle Einnahme des Südens ist trügerisch, sie ist bloß Ausdruck der politischen wie moralischen Schwäche des dortigen Regimes. Gleichzeitig setzt die Mobilisierung neuer Truppen, neuer Soldaten ein, deren Motivation in der Verteidigung ihrer Familien und Heimat besteht, die Frage der Einheit und Unabhängigkeit unter Kim stiftet für die nachrückende Generation keinen Sinn mehr. Vorstoßende Einheiten des Nordens

können wegen der Bombardierungen kaum mehr versorgt werden. Überfälle, Plünderungen erobert Siedlungen und Tötung der Bevölkerung sind an der Tagesordnung und erzeugen tief sitzende Feindschaft. Der „Erfolg“ des Nordens bildet den Anfang seines Scheiterns.

Die US-Landung an der Westküste, im Gebiet des heutigen Flughafens von Seoul und die unmittelbar darauf erfolgende Eroberung der Stadt nutzen die Schwäche des Nordens, um von zwei Seiten, dem Nordwesten und dem Südosten, herkommend die vorgedrungenen Heere in die Zange zu nehmen und zu vernichten. Die nordkoreanische Armee kann sich nicht mehr zurückziehen. Aus dieser Not resultiert ein Partisanenkrieg, der bis heute einen reichhaltigen Schatz fürchterlichster Gräueltaten darstellt, aus dem sich beide Propagandaseiten herzhafte bedienen.

Innerhalb von zwei bis drei Wochen(!) siegen die Süd- und US- (pro forma: UN-) Truppen und stoßen, begleitet vom propagandistischen

Trommelfeuer der nach Seoul zurückkehrenden Rhee-Regierung, unverzüglich nach Norden vor. Das UNO-Mandat dafür wird ihnen, damit alles seine Richtigkeit hat, eine Woche später hinterhergeworfen. MacArthur, ein politischer General und glühender Kommunistenhasser, führt seine Invasionsarmee an einigen Stellen bis zum Fluss Yalu, also zur Nordgrenze, gegen China. Er phantasiert in aller Öffentlichkeit davon, das Rad der Geschichte in China zurückzudrehen. Damit trägt er wesentlich dazu bei, dass Mao, der diesen Krieg ablehnte, Hilfstruppen, „Freiwillige“, aufstellen lässt, um Kim beizustehen. Der Umfang dieser Armee bleibt ebenso ungewiss und umstritten wie die anderen Größenordnungen dieses Krieges.

Eine amerikanische Vergleichsstudie der Opferzahlen kommt zum Ergebnis, dass zwischen 100.000 (seit kurzem gibt es die chinesische Zahl von 180.000), im Mittelwert 500.000 bis maximal 1,5 Millionen Chinesen in diesem Krieg starben. Die gesamte Opferbilanz schwankt demgemäß zwischen 3 und 5 Millionen Toten. Mindestens 10 Prozent der nordkoreanischen Bevölkerung, ob als Soldat oder als Zivilist zu Hause, werden ausgelöscht. Man stelle sich, mit dieser nie aufgearbeiteten Hypothek belastet nur kurz eine koreanische Vereinigung vor – ein absurder Gedanke.

Ein persönlicher Eindruck: auf der Fahrt von Dandong, einer Grenzstadt Chinas zu Korea, nach Shenyang, der Hauptstadt einer der drei mandchurischen Provinzen, sieht man in der Ferne in den Höhen über der Stadt ein Mahnmal, das an die chinesischen Opfer erinnert. Es ist von einer unvergleichlichen Größe und Eindringlichkeit, die Zahl der Toten und Verwundeten wird dem entsprechen.

Das Kalkül eines raschen Sieges, der in aller Eile auch politisch umgemünzt werden kann, ein Triumph, bevor sich der Gegner formieren kann, geht für Kim Il-sung nicht auf.

Daran ändert nicht, dass der Norden bis heute vom Sieg gegen die USA spricht.

Die Vollendung der nationalen Selbständigkeit, vergleichbar dem Abzug anderer Kolonialmächte in Asien, ist gescheitert und damit fehlt auch die Grundlage für die gesellschaftliche und politische Umwälzung.

Der Auftrag der koreanischen Revolution ist auf Eis gelegt, sie kann nicht auf den Süden ausstrahlen und,



was wesentlich dramatischer ist, sie ist auch im Norden nicht lebens- und entwicklungsfähig, sie existiert allenfalls als Standbild. Außenwirkung und Erscheinungsbild dieses Landes, dieser Gesellschaft, entsprechen seit Jahrzehnten einem historisch kurzen Moment der Loslösung von der Okkupationsmacht und der Errichtung der koreanischen Herrschaft im

eigenen Land. Nordkorea fällt aus der Zeit.

Sinnbild dafür ist die Präsidentschaft eines Menschen, der seit fast 18 Jahren tot ist. Demnächst wird ein zweiter Toter in die Führung aufgenommen werden, da ist dann nicht mehr viel Platz für die Lebenden. Aber ich möchte der weiteren Darstellung nicht vorgreifen und kehre kurz zum Koreakrieg zurück.

China setzt dem technisch weit überlegenen Militäreinsatz der USA die Größe seiner Freiwilligenarmee entgegen. Der Blutzoll für den Erfolg, die Invasionsstruppen zu schlagen, ist enorm, auch ein Sohn Maos bezahlt den Einsatz mit seinem Leben. Die Truppen des Nordens und seines Verbündeten stoßen noch einmal für kurze Zeit über Seoul hinaus nach Süden vor, werden dann gestoppt und zum 38. Breitengrad zurückgetrieben. In diesem Zusammenhang droht Eisenhower den Chinesen mit einem Atomschlag.

Seit Juli 1951 verhandeln beide Seiten in Panmunjom, einem kleinen Ort bei Kaeseong, der historischen Hauptstadt des Reiches, um einen Waffenstillstand.

Währenddessen ist Nordkorea den Bombardierungen der USA schutzlos ausgesetzt, die, von der UNO abgesegnet, bis zum Waffenstillstandsabkommen 1953 fortgeführt werden. Fast alle Städte des Nordens sind danach zwischen 50 und 100 Prozent zerstört, alle Industrieanlagen, Infrastruktur, Stauseen. Der koreanische Reiseführer erzählt in Pyongyang, dass kein einziges Haus in der Stadt mehr gestanden sei. Das Land ist deindustrialisiert, die Menschen sind traumatisiert.

Konsequenterweise hätte Kim Il-sung das Kriegsende politisch, damit auch physisch, nicht überleben dürfen. Er trug die Verantwortung, er hatte den Krieg, gegen andere Meinungen in der Partei, durchgesetzt.

Es ist Zeit, offene Rechnungen zu begleichen. Aber es kommt anders.

(wird fortgesetzt)

Lateinamerika 2012: Integration und solidarische Beziehungen

Vor einem Jahr lieferte der arabisch-nordafrikanische Raum über Monate Schlagzeilen. Der Ausbruch sozialer Revolten überraschte und verunsicherte die bürgerliche Welt hierzulande. War man doch bis dato der Meinung, die regionalen Despoten hätten alles im Griff und würden – wenn auch mit harter Hand und gelegentlicher Hintanstellung der Menschenrechte – gegen islamischen Fundamentalismus für geordnete Verhältnisse sorgen und damit für den Geschäftsbetrieb im Interesse des freien Welthandels garantieren. Nach einem Jahr sieht die Bilanz für die so genannte arabische Revolution düster aus. Aber nicht nur hier mussten die Erfolgsfahnen auf Halbmast gesetzt oder gänzlich entfernt werden, auch Europa mit seinem Vorzeigeprojekt EU steckt tief in der Krise und produziert negative Schlagzeilen am laufenden Band.

Ob dieser und anderer desolaten Zustände in vielen Teilen der Welt fällt ein Blick auf den lateinamerikanischen Kontinent überraschend positiv aus. Fast alle Meldungen, vor allem aus den südamerikanischen Ländern, berichten über Fortschritte in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht. Zwar finden sich auch erschreckende Berichte über ökologische Katastrophen, Drogenkriege, Bandenterror und extralegale Hinrichtungen. Aber im Unterschied zu früheren Zeiten werden diese Erscheinungen eher als Probleme dargestellt, die nur noch auf wenige Länder zuträfen und nicht mehr für den Kontinent symptomatisch seien.

Was für die Linke wichtig ist: Ignacio Ramonet stellt in *Le Monde diplomatique* fest „Lateinamerika ist derzeit die Region der Erde, in der die meisten Erfahrungen mit linker Politik gesammelt werden.“ Und überall dort, wo Erfahrungen mit linker Politik gemacht werden, findet reale Bewegung statt, gibt es mehr oder weniger entwickelte Klassenkämpfe, die das

gesellschaftliche Kräfteverhältnis verändern. Die objektiven Bedingungen sind in jedem Land anders. Um zu einer stimmigen Einschätzung des Kräfteverhältnisses auf dem Gesamtkontinent zu kommen, müsste jedes einzelne Land analysiert werden. Weil das aber den Rahmen eines Artikels sprengen würde, kann nur auf punktuelle Entwicklungen und Ereignisse eingegangen werden.

UNASUR wird erweitert

Das bedeutendste Ereignis für Lateinamerika im Jahre 2011 war unbestritten die Gründung der „Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten“ (CELAC) im Dezember in Caracas.



Bereits 2008 war mit der Gründung der „Union Südamerikanischer Nationen“ (UNASUR) ein entscheidender Schritt in Richtung Integration gelungen. Mit CELAC wurde der Zusammenschluss der bisher 22 Länder auf nunmehr 33 aufgestockt. Und in beiden Fällen unter Ausschluss von USA und Kanada. Um die längerfristige Bedeutung dieses Ereignisses besser einschätzen zu können, sollen einige Zahlen Aufschluss geben. Die 33 Länder der CELAC vertreten etwa 550 Millionen Einwohner und bilden zusammen genommen ein Bruttoinlandsprodukt von 6,3 Billionen Dollar. Sie könnten mit dieser Größenordnung die drittgrößte Wirtschaftsmacht realisieren, die über die größten Erdölreserven verfügten (ca.

338 Milliarden Tonnen) und unter den Nahrungsmittelerzeugern stünden sie an erster Stelle. Das ist allerdings ein Blick in die fernere Zukunft. Noch handelt es sich um ein Bündnis von Staaten mit unterschiedlichen und teilweise sehr gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen. Noch vor kurzem bedrohten sich einige Staaten wie Kolumbien und Venezuela militärisch. In der CELAC koexistieren sowohl Länder, über welche die USA ein Handelsembargo verhängt haben, wie Kuba, als auch Länder, die mit den USA über Freihandelsverträge eng verbunden sind, wie Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko. Und sechs der 33 Länder – Panama, Guatemala, Costa Rica, Mexiko, Chile und Kolumbien gehen über konservative Regierungen mit den USA politisch konform.

Kann ein derartiges Bündnis erfolgreich sein? Die Zukunft wird es zeigen. Der uruguayische Journalist und Mitbegründer von Telesur, Aram Aharonian, gibt folgenden Hinweis: „Es ist unmöglich, die Bedeutung und Tragweite abzusehen, welche die Entstehung der Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten und der Karibik (CELAC) als neuem kontinentalen Forum, das Kuba ein- und erstmals die USA sowie Kanada ausschließt, mit sich bringt, wenn man diese von der Geschichte des langen Kampfes um soziale und politische Emanzipation, um Freiheit und die Einheit unserer Völker losgelöst diskutiert.“ Auf der Gründungskonferenz sprach der ecuadorianische Präsident Rafael Correa eine wichtige Aufgabe der CELAC an, nämlich Plattform regionaler Konflikte zu sein in dem Wissen, „dass diese Konflikte nicht vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und noch viel weniger von anderen Instanzen gelöst werden können“. Erfahrungsgemäß benötigen Bündnisse in Lateinamerika bis zur Umsetzung ihrer Ziele viel Zeit und strapazieren die Geduld derer, die eher auf rasche Ergebnisse setzen.

...und auch bei ALBA geht's voran

Eigentlich sollte CELAC bereits am 5. Juli anlässlich der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Venezuelas gegründet werden. Doch die Krebserkrankung von Hugo Chavez hatte der Planung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Und ohne Chavez, nein, das war nicht vorstellbar. Schließlich ist er seit Jahren der wichtigste Konstrukteur neuer Bündnisse. Das fortschrittlichste davon war und ist die „Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerika“ (ALBA).

Nachdem es im Jahr 2011 um ALBA keine spektakulären Entwicklungen gab, was aber nicht viel aussagt, überraschte sie Anfang Februar beim XI. Gipfeltreffen die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, man habe drei neue Mitglieder aufgenommen: das südamerikanische Suriname sowie die Karibikstaaten Haiti und Saint Lucia. Bei Suriname handelt es sich um den kleinsten Staat Südamerikas mit einer Fläche von 164.820 km² und einer Bevölkerungszahl von knapp über einer halben Million Bewohner, vorwiegend an der Küste konzentriert. Die beiden Karibikstaaten dürften sich von ALBA vor allem materielle Unterstützung erhoffen. Die aktuelle zahlenmäßige Ausdehnung der Allianz von acht auf elf Mitglieder ist nach dem Austritt von Honduras – bedingt durch den Putsch von 2009 – ein recht überschaubarer Schritt vorwärts.

Weniger Aufsehen erregten andere Ergebnisse des Gipfeltreffens, wenngleich sie für das Bündnis bedeutsamer sein dürften. Bei den Beratungen über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit der Bezeichnung ECO-ALBA, wurde die Einrichtung eines Wirtschaftssekretariats beschlossen. Es soll die bestehenden gemeinsamen Instrumente wie das Buchgeld Sucre und die Banco del Sur stärken. Ein weiteres Ergebnis war die dezentrale Zuordnung von Gremien des Bündnisses. Caracas wurde als ständiger Sitz des leitenden Sekretariats festgelegt. Eine neu geschaffene sozialpolitische Kommission soll von Havanna aus geleitet werden. Ein von Evo Mora-

les unterbreiteter Vorschlag, einen gemeinsamen Verteidigungsrat zu etablieren, wurde als Beratungspunkt auf die Tagesordnung des nächsten Treffens gesetzt. Hellhörig dürfte die US-Regierung die Ankündigung von



Chavez und Correa gemacht haben, gegebenenfalls den diesjährigen Amerika-Gipfel zu boykottieren, sollte Kuba weiterhin ausgegrenzt werden. Wesentlicher als der Ausbau der Strukturen für die Entwicklung von ALBA dürften die Fortschritte sein, die die einzelnen Staaten in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht machen. Und dabei sind es vor allem Venezuela und Bolivien, die für Erfolg oder Misserfolg des Bündnisses stehen. Der bolivianischen Regierung wurden im Februar in einem Zwischenbericht der UNO zur menschlichen Entwicklung bemerkenswerte Erfolge in der Armutbekämpfung attestiert. Für den Berichtszeitraum von 2005 bis 2009 liegen erstmals belastbare Daten vor. Laut dieser Daten „ist die Zahl von in extremer Armut lebenden Menschen von 38,2 Prozent (3,6 Millionen) der 10-Millionen-Gesamtbevölkerung auf 26,1 Prozent (2,7 Millionen) gesenkt worden. Die Zahl moderater Armut ging von 5,7 Millionen auf 5,2 Millionen zurück. Damit haben insgesamt 1,4 Millionen Menschen die Armutsgrenze hinter sich gelassen.“ (Benjamin Beutler auf amerika21.de) Die Zahlen zeigen aber auch, welche Probleme die Regierung noch zu lösen hat. Und die sind nur zu lösen bei anhaltender ökonomischer Prosperität. Auch Venezuela bekam unlängst von der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal) ein deutliches Lob ausgesprochen. Seit 2002 sei dort der Gini-Koeffizient, der die soziale Ungleichheit misst, von 0,5 auf unter 0,4 gesunken. Das südamerikanische Land sei damit „das Land, das die größ-

ten Errungenschaften in Bezug auf die Schließung sozialer Kluften hat“, sagte Alicia Bárcena, Direktionssekretärin der Kommission auf einer Konferenz in Havanna. In seinem Rechenschaftsbericht vom Januar 2012, konnte Präsident Hugo Chavez eine positive Bilanz für 2011 und für die knapp 13 Jahre seit Beginn der boliviarischen Revolution ziehen.

Einige Vergleichsdaten aus dem Rechenschaftsbericht sollen diese Tendenz belegen:

- **Bruttoinlandsprodukt**
1999: 91 Mrd. Dollar
2011: 328,6 Mrd. Dollar
- **Sozialausgaben**
1986-1999: 73,49 Mrd. Dollar
1999-2011: 468,61 Mrd. Dollar
- **Extreme Armut**
1998: 17,1 Prozent
2011: 7 Prozent
- **Kindergarten-Quote**
1998: 43 Prozent
2011: 71 Prozent
- **Gesundheitszentren mit freiem Zugang**
1999: 5.360
2011: 13.721

Chavez verschwieg aber auch die Schwachpunkte nicht. So sei die Inflation nach wie vor zu hoch. Und bei der Kriminalitätsbekämpfung

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

bestehende Handlungsbedarf. Zuletzt hatte die Regierung Anfang 2011 eine Mordrate von 48 pro 100.000 Einwohner bekannt gegeben. Dieses hohe Niveau habe man auch 2011 nicht durchbrechen können, gestand Innenminister El Aissami im Parlament ein. Trotzdem wird sich Chavez weitgehend unbeschadet am 7. Oktober der Wiederwahl als Staatsoberhaupt Venezuelas stellen können.

Wahlen 2011 bestätigen Tendenz

In vier lateinamerikanischen Ländern waren 2011 die Staatspräsidenten zu wählen. Besonders spannend gestaltete sich in Peru im Juni die Stichwahl zwischen Keiko Fujimori, der Tochter des inhaftierten Expräsidenten Alberto Fujimori, die die Unterstützung der Bourgeoisie hatte und dem Exmilitär Ollanta Humala, der im Wahlkampf mit dem Versprechen einer antineoliberalen Politik punktete. Unterstützung bekam er durch die Linke und durch die ländliche indigene Bevölkerung, die sich seit längerem von Bergbaukonzernen in ihrer Existenz bedroht fühlt. Nach einem halben Jahr Regierungszeit fällt die Bilanz zwiespältig aus. Rolf Schröder in der Zeitschrift *Lateinamerika Nachrichten*: „Die neue Regierung legte einen rasanten Start hin. In weniger als einem Monat hatte sie bereits den Mindestlohn von 160 Euro auf 180 Euro erhöht, das Haushaltsbudget im Jahr 2012 für Bildung um 15 Prozent und das für Gesundheit um 11,5 Prozent Prozent heraufgesetzt. Außerdem beschloss die Regierung, bis Ende 2013 allen Bürgern über 65 eine Grundrente von etwa 80 Euro zu zahlen.“ (LN 449) Auch außenpolitisch bewegte er sich auf den Spuren der fortschrittlichen Regierungen des Kontinents. Beim ersten offiziellen Staatsbesuch in Caracas wurde ein Zehn-Punkte-Plan vereinbart, der u.a. soziale Entwicklung, Energie und bilateralen Handel zum Ziel hat. Ollanta Humala erklärte: „Wir wollen mit unserer Arbeit mehr Venezolaner und Peruaner für das gleiche Ziel verbinden und das ist der Integrationsprozess in Lateinamerika sowie ebenfalls die Stärkung der Union südamerikanischer Staaten.“ So weit böte die neue Politik Anlass zur Hoff-

nung auf einen zumindest moderaten Linksschwenk. Allerdings gibt es in letzter Zeit auch besorgniserregende Signale. Auf Proteste im Norden aber auch in anderen Teilen des Landes reagierte die neue Regierung unerwartet repressiv mit Demonstrationsverboten, Polizeieinsätzen und der Verhängung des Ausnahmezustandes. Der wegen seiner Härte berüchtigte Innenminister wurde für sein Vorgehen mit dem Amt des Ministerpräsidenten belohnt, nachdem der Vorgänger sein Amt niedergelegt hatte. Diese Ereignisse lassen nichts Gutes erwarten.



Vor allem in der nördlichen Region Cajamarca demonstrieren die Menschen seit mehreren Monaten gegen ein Bergbauprojekt des US-amerikanischen Konzerns Newmont. Die Bewohner sowie Umwelt- und Sozialorganisationen befürchten nicht unbegründet eine Verschmutzung des Grund- und Trinkwassers durch den Bergbau. Wie sich die Regierung, deren Minister aus dem rechtsbürgerlichen und linken Spektrum kommen, in diesem für das Land zentralen Konflikt verhält, ist derzeit noch offen.

Nicht überraschend war im Herbst die Bestätigung im Amt von Nicaraguas Präsident Daniel Ortega und Argentinien's Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner. Letztere war im Oktober mit über 54 Prozent der Stimmen gewählt worden, das beste Ergebnis seit dem Ende der Militärdiktatur. Bei ihrer erneuten Amtseinführung hob sie die Herstellung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit sowie Verbesserungen im Bildungswesen als Ziele ihrer Regierungszeit hervor und stellte klar: „Ich regiere nicht für die großen Unternehmen, sondern für alle 40 Millionen Argentinier.“ Kommentar in der *Financial Times Deutschland*: „Damit hat Südamerikas zweitgrößtes Land den

Linksruck des Kontinents zementiert, der mit seinem zunehmenden Gewicht in Weltpolitik und globaler Wirtschaft einhergeht – und einem dementsprechend gewachsenen Selbstbewusstsein: Den Zugang zu dem neben Afrika größten Rohstofflager und nach Ostasien wichtigsten Wachstumsmarkt müssen sich westliche Unternehmen teurer erkaufen als bisher. Als sich Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister unlängst bei einem Besuch in Argentinien über die absurden Importbeschränkungen beschwerte, die Firmen dazu verpflichten, mindestens so viel aus dem Land zu exportieren wie einzuführen, erntete er von Regierungsvertretern nur Schulterzucken und von Kirchner ein freundliches Lächeln.“ (FTD, 24.10.11) Auch Daniel Ortega und die FSLN konnten im November mit über 60 Prozent ein überraschend hohes Wahlergebnis verbuchen. Zwar sprach der unterlegene Oppositionskandidat Fabio Gadea von einem „monströsen Betrug ungekannten Ausmaßes“, doch fehlte es an entsprechenden Beweisen. Das hielt aber die Mehrzahl der deutschen Medien nicht davon ab, einen Wahlbetrug als glaubhaft hinzustellen. Nun ist Ortegas Bündnispolitik (z.B. die Zusammenarbeit mit reaktionären Teilen der katholischen Amtskirche) für linke Sympathisanten der FSLN alles andere als nachvollziehbar. In der *ARSTI* Nr.165 wurde sie auch entsprechend problematisiert, aber das ist eine andere Geschichte. Dirk Niebel, deutscher Entwicklungshilfeminister hat angekündigt, einen Teil der Gelder für Nicaragua zu streichen. Er begründet den Schritt mit der Amtsführung Ortegas und mit dem Ablauf der Wahl. In Wirklichkeit ist dem FDP-Minister die Teilnahme Nicaraguas am ALBA-Projekt ein Dorn im Auge. Inzwischen ist der ehemalige Regionalverantwortliche der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, Christian Lüth, im Entwicklungshilfeministerium (BMZ) für die Vergabe von Mitteln für ganz Lateinamerika zuständig. Herr Lüth zeigte nach dem Putsch in Honduras Verständnis für das gewaltsame Vorgehen des Militärs. Auch ohne Herrn Lüth ist die Friedrich-Naumann-Stiftung in Mittelamerika erfolgreich. Das wurde bei der vierten Wahl des Jahres 2011 deutlich. In Guatemala gibt es eine reaktionäre „Patriotische

Partei“, beschäftigt mit der Interessenvertretung der städtischen und agrarischen Bourgeoisie, Mitglied der Liberalen Internationale. Präsidentschaftskandidat der mit den deutschen Liberalen kooperierenden Partei wurde Otto Perez Molina, ein während des 36jährigen Bürgerkriegs in Verbrechen verstrickter ehemaliger Militär. Er gilt – wie könnte es anders sein – als Verfechter neoliberaler Wirtschaftskonzepte, was sicher dazu beiträgt, das sog. Assoziierungsabkommen mit der EU in seiner Amtszeit unbürokratisch zu ratifizieren. Sein Wahlkampf soll durch Drogengelder in einer Größenordnung von bis zu 100 Millionen Dollar finanziert worden sein. Zwar hat er inzwischen ein Ministerium zur Armutsbekämpfung einrichten lassen, doch sind die sozialen Verhältnisse im Land derart desaströs, dass das zusätzliche Ministerium daran wenig ändern dürfte. So leidet jedes zweite Kind an chronischer Unterernährung. Guatemala steht mit El Salvador und Honduras an der Spitze der lateinamerikanischen Gewaltstatistik. Molina wird mit seinem Wirtschaftskonzept die immensen Probleme

nicht lösen können. Er setzt auf die Ankurbelung des Exports, auf die Produktion von Palmöl (Biosprit) und die Förderung des Bergbaus. Minimale Abgaben kommen zwar den Gewinnen der Konzerne zugute, für die staatlichen Aufgaben im Erziehungs- und Gesundheitswesen bleibt aber kaum etwas übrig. Zwar ist in Guatemala die Linke noch zu schwach, um in den nächsten Jahren in die Nähe der Machtfrage rücken zu können, aber der Aufbruch der indigenen Bevölkerung in anderen Ländern des Kontinents wird sich auch in Guatemala immer mehr herumsprechen. Vorerst kann sich der US-Imperialismus auf seine Brücknpfeiler in Mittelamerika verlassen.

Die Pazifikschiene: Vorposten des US-Imperialismus

Dazu zählt auch Mexiko, mit 112 Millionen Einwohnern der bedeutendste Staat Mittelamerikas. Mexiko

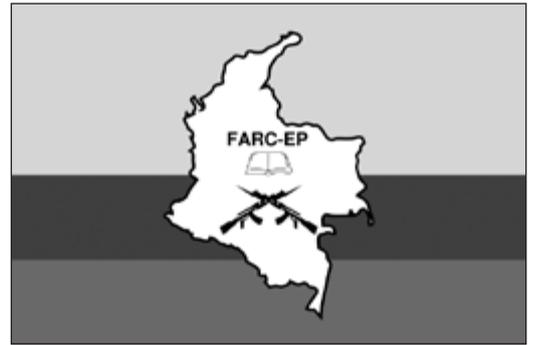
macht seit Jahren Schlagzeilen mit dem so genannten Drogenkrieg, der seit 2006 etwa 50 000 Tote gefordert haben soll. Nach Einschätzung von Kennern haben verschiedene Drogenkartelle in vielen Teilen des Landes das Sagen. Ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch vom November letzten Jahres kommt zu einem vernichtenden Urteil über die Strategie der Regierung von Staatspräsident Felipe Calderon gegen den Drogenhandel. Unter anderem ist da die Rede von „*einem dramatischen Anstieg schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen*“, von extralegalen Hinrichtungen, systematischer Folter und dem Verschwindenlassen von Menschen. Mexiko wählt am 1. Juli einen neuen Präsidenten. Erstmals in der Geschichte Mexikos wird eine Frau als chancenreiche Kandidatin antreten. Die frühere



Bildungsministerin Josefina Vázquez Mota konnte sich bei den parteiinternen Wahlen der konservativen Regierungspartei PAN gegen den ehemaligen Finanzminister Ernesto Cordero durchsetzen. Die aussichtsreichsten Mitbewerber von Vázquez Mota sind der ehemalige Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto, von der konservativen Partei der institutionellen Revolution (PRI) und Andrés Manuel López Obrador von der Coalición Progresista um die Partei der demokratischen Revolution (PRD), „*eher ein Sammelbecken verschiedener Strömungen und Gruppen im Mitte-Links-Spektrum*“ (Manuel Burkhardt, *amerika21.de*, 2.2.12). Wer immer die Wahl für sich entscheidet, an der Misere des Landes, das unter Armut, Gewalt und Korruption leidet, wird sich in den nächsten Jahren nicht viel ändern. Das schätzt auch die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) in Chiapas so ein und beschäftigt sich weniger mit dem landesweiten Wahlzirkus als mit

der Festigung autonomer Strukturen in den Dörfern des lakandonischen Urwalds.

Diese „*Ruhe*“ ist den kolumbianischen FARC nicht vergönnt. Der seit August 2010 amtierende Präsident Juan Manuel Santos will die Guerillaorganisationen FARC und ELN militärisch besiegen und lehnt Friedensverhandlungen bisher kategorisch ab. Mit dieser Strategie gelangen ihm in seiner Amtszeit einige spektakuläre Schläge gegen die Führungsriege der FARC. So z. B. im September 2010 als der Militärchef Jorge Briceño einem Angriff des Militärs zum Opfer fiel. Für die weitere Entwicklung in Kolumbien als fatal wird von friedensorientierten Kräften im Land die Ermordung des obersten Kommandanten Alfonso Cano im November 2011 eingeschätzt, da Cano innerhalb der Organisation



stärker als andere auf eine friedliche Lösung gesetzt haben soll. Es spricht wenig dafür, dass es der Regierung in absehbarer Zeit gelingen könnte, die FARC militärisch zu vernichten. Aber auch die FARC dürften für sich keine Möglichkeit einer militärischen Lösung sehen. In einem Kommuniqué mit dem Titel „*Ohne Lügen, Santos, ohne Lügen*“ forderte unlängst Canos Nachfolger Timoleón Jiménez die Regierung zu ernsthaften Friedensverhandlungen auf, bei denen „*die Privatisierungen, die Deregulierung, die absolute Freiheit des Handels und der Investitionen, die Umweltzerstörung, die Marktdemokratie, die Militärdoktrin*“ infrage zu stellen seien. Und er betonte, der interne bewaffnete Konflikt könne nicht gelöst werden, „*wenn unsere Stimmen nicht berücksichtigt werden*“. Die von Präsident Santos gegenüber den linken Guerilleros praktizierte Vernichtungsstrategie ist kein Widerspruch zu seiner außenpolitischen Orientierung. Er lässt den US-Militärs und den ausländischen Konzernen

ebenso wie sein Vorgänger Uribe weitgehend freie Hand und beteiligt sich gleichzeitig an den Integrationsbestrebungen der lateinamerikanischen Staaten. Als Interessenvertreter der kolumbianischen Bourgeoisie hat er deren klassenspezifische ökonomische Interessen zu vertreten. Ein feindseliges Verhältnis zum wichtigsten Nachbarn, zu Venezuela, würde die kolumbianische Wirtschaft auf längere Zeit schwächen. Gleiches gilt für die venezolanische Seite. Nur so ist das nunmehr entspanntere Verhältnis der beiden Nachbarstaaten zu erklären. Während die Regierung Santos die Konflikte mit Venezuela und Ecuador weitgehend bereinigen konnte, sorgten die Studierenden des Landes für Furore. Ab September 2011 kam es zu massiven Protestaktionen gegen eine geplante

Reform des Bildungsgesetzes. In einem unbefristeten Generalstreik, dem sich 37 staatliche und 17 private Hochschulen anschlossen, gelang es, die Regierung im November zum Einlenken zu bewegen. Mit dem neuen Bildungsgesetz hätten private Investitionen eine wichtigere Rolle bei der Finanzierung der Hochschulen spielen sollen. Außerdem war geplant die Hochschulautonomie erheblich einzuschränken. Alle konservativ regierten Länder setzen auf neoliberale Rezepte im Bildungsbereich. Deshalb kann nicht verwundern, wenn sich SchülerInnen, Studierende und die im Bildungsbereich Beschäftigten etwa zur gleichen Zeit gegen dieses Privatisierungsmodell auflehnten. Am heftigsten in Chile, weil hier die von neoliberalen Ökonomen in der Zeit der Diktatur von Pinochet

entwickelten Konzepte am konsequentesten umgesetzt worden waren und auch unter den vier Mitte-Links Regierungen der Concertacion (de Partidos por la Democracia) keine wesentliche Revision erfuhren. Schließlich war man überzeugt, der wirtschaftliche Erfolg würde irgendwann bis zu den benachteiligten Schichten durchschlagen. Das tat er aber nicht, und so entwickelte sich Chile zu einem der Länder Südamerikas mit der größten Einkommensungleichheit. Letztendlich kam noch die Weltwirtschaftskrise von 2009 dazu. Zur Entwicklung Chiles in den vergangenen Jahrzehnten ist ein Artikel in der **ARSTI**, aufgeteilt in vier Teilen von Nr.167 – 170, sehr zu empfehlen. Die aktuellen Proteste in Chile begannen im April 2011, mündeten im Mai in einen landesweiten Streik, brachten



mi.: Karol Cariola, re.: Camila Vallejo bei einer Podiumsveranstaltung am 7.2.2012 im Münchner DGB-Haus

In Chile entsteht eine neue Bewegung

nd: Die Bilder der Studentenproteste in Chile gingen im letzten Jahr rund um den Globus. Wie ist die derzeitige Situation und was ist der Grund der Reise durch Deutschland?

Karol Cariola: Oh, wir sind eine Gruppe von drei jungen Chilenen, die über unser Land informieren wollen. Wir wollen der Welt zeigen, dass hinter den Studentenprotesten, die im letzten Jahr international für Aufmerksamkeit

gesorgt haben, eine soziale Bewegung steht. Die stellt nicht die Privatisierungen im Bildungssystem in Frage, sondern das ganze neoliberale Modell. Wir wehren uns gegen die Hegemonie des Kapitalismus und wir haben kollektive Strukturen des Widerstands geschaffen. In Chile entsteht eine neue politische Bewegung mit Perspektive.

Dann geht es also um strukturelle Veränderungen ...

Karol Cariola: Ja, Ziel ist es, die gesellschaftlichen Strukturen in Chile zu verändern. Wir stellen die Institutionen in Frage, denn wir leben seit Jahrzehnten unter einer Pseudodemokratie, die unter der Pinochet-Diktatur eingerichtet wurde. Wir fordern die Modifizierung der Wahlgesetzgebung, das Ende der Privatisierung der Bildung, des Gesundheitssystems und zahlreicher weiterer staatlicher Dienstleistungen. ...

Gibt es für das Jahr 2012 ein zentrales Ziel?

Camila Vallejo: Die Rekonstruktion der sozialen Netze. Sie haben sich unter der Ägide der Concertación (Bündnis der Mitte-Links-Parteien in Chile) nie wieder erholt. Derzeit gibt es eine Wiederbelebung - nicht nur auf organisatorischer, sondern auch auf politisch-programmatischer Ebene. Es sind konkrete Forderungen im Zuge der Bildungsproteste entwickelt worden - die Forderung nach Demokratisierung, nach einer Steuerreform und dem politischen Wechsel. Das sind klare Prämissen und nun geht es darum, zu diskutieren, wie dieser Wechsel erreicht und welche Aktionsmuster dafür eingesetzt werden können. ...

(aus: „In Chile entsteht eine neue Bewegung“; Fragesteller: Knut Henkel; nd 8.2.2012)

im Juni 300 000 DemonstrantInnen auf die Straße und im August bereits 500 000. Unterstützt wurden die Studierenden und SchülerInnen vom Gewerkschaftsdachverband CUT, der seine eigenen Forderungen einbrachte und der Bewegung eine breite Unterstützung verschaffte. Umfragen zufolge (bei aller Skepsis gegenüber Umfragen) unterstützen 80 Prozent der Bevölkerung diese Forderungen und Präsident Pinera soll nur noch 22 Prozent Zustimmung verzeichnen. Die Regierung jedenfalls versuchte mit härtester Repression die Protestbewegung von der Straße wegzubekommen. Da sie damit erfolglos blieb, bot man im September den Studierenden Verhandlungen an. Der Versuch, mit den Verhandlungen die Bewegung zu spalten, misslang. War schon im Juli der Bildungsminister zurückgetreten (worden), hielt sein Nachfolger gerade mal bis Januar 2012 aus. Trotz der grandiosen Mobilisierungserfolge einer neuen Generation, die nicht mehr vom Diktatur-Trauma ihrer Eltern und Großeltern geprägt zu sein scheint, ist vor allzu großer Euphorie zu warnen. Noch sitzt die chilenische Bourgeoisie fest im Sattel. Noch ist die Linke zersplit-

tert und große Teile der Bevölkerung sind weiterhin entpolitisiert bzw. mit dem täglichen Überlebenskampf beschäftigt. Aber eins ist auch klar: Das Lateinamerika in seiner heutigen Verfassung würde ein Massaker wie 1973 nicht mehr zulassen. Angesichts der blutigen Exzesse der 70er/80er Jahre sollte man diesen Fortschritt nicht gering achten!

Eine Empfehlung für die europäische Linke

Von Lateinamerika lernen? Ja, lernen ist immer gut. Wir dürfen nur keine Rezepte erwarten um sie hier anzuwenden. Das würde nicht funktionieren. Und günstiger für radikale gesellschaftliche Veränderungen waren und sind die Bedingungen in Lateinamerika auch nicht als in Europa. Dazu hat sich Alvaro Garcia Linera, Vizepräsident Boliviens in einem Gespräch vom Januar 2011 geäußert: „Wir hatten eine Situation, die noch viel rabiater neoliberal war, als das heute in Europa der Fall ist, wo zumindest gewisse Vorbehalte vorhanden sind ... Doch kaum je hatten wir Anlass zur Hoffnung. Vor einem Dutzend Jah-

ren mussten wir uns sagen: Vergeblich werden wir wohl immer wieder das Gleiche versuchen, bis wir sterben. Klar ist: Die Kräfte sind nicht statisch. Auch nicht in Europa. Ich stelle fest, dass das Europa von heute nicht mehr das Europa von vor zehn Jahren ist: Heute gibt es keine Begeisterung mehr. Es gelingt nicht mehr, die Leute mitzureißen ... Es gibt keine aktive Hegemonie der Eliten und des konservativen Projektes mehr ... Und die Linke weiß immer noch nicht, wohin sie sich wenden soll ... Eher das Gegenteil ist der Fall, man ist irritiert und hilflos gegenüber einer erstarkenden vorgestrigen Ultrarechten. Und es gibt keine Rezepte. Wenn wir hier bei uns in Bolivien Rezepte gesucht hätten, dann hätten wir uns eingereicht in die bequeme Schlange und gewartet, bis der Sozialismus ausgerufen wird. Wir würden heute noch da stehen. Nein, vielmehr muss man sehr aufmerksam sein, kreativ und offen, den Puls der Gesellschaft dauernd messen ... Und wir müssen immer bereit sein, die Gelegenheiten am Schopf zu packen. Und von den zehntausend Türen, an die wir klopfen, wird eine sich plötzlich auftun.“ (aus: Vom Rand ins Zentrum, Zürich 2012, S.30/31)

Stand: 20.2.2012 hd

Anzeige



Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de – www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62
BIC: PBNKDEFF

Extremismusklausel

Die Kriminalisierung antifaschistischer Gesinnung

Seit Anfang 2011 ist die sogenannte Extremismusklausel der Familienministerin Kristina Schröder in Kraft.



„Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahme haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten (Literatur, Kontakte zu anderen Trägern, Referenzen, die jährlichen Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder etc.) und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“

Diese Klausel, genannt *Demokratieerklärung*, muss von allen Projekten und Initiativen gegen *„Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“* unterschrieben werden, die Mittel aus dem Programm

des Bundes haben wollen, das ausgerechnet *„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“* heißt.

Ungeachtet wissenschaftlicher Gutachten und massiver Kritik breiter Teile der Gesellschaft, wie Gewerkschaften, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland, dem Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Kirchen und Parteien und zahlloser betroffener Initiativen, hält Ministerin Schröder an ihrer Klausel eisern fest. Übertroffen wird sie freilich vom Freistaat Sachsen, der die Klausel nicht nur auf Landesebene einführt, sondern zusätzlich verlangt, dass alle PartnerInnen ebenfalls ihre Unterschrift leisten müssen.

Der Versuch der CSU, die Klausel in München als erster Kommune einzuführen, scheiterte am Münchner Stadtrat. Zuvor hatte schon die im Münchner Stadtrat vertretene NPD-Tarnliste BIA (Bürgerinitiative Ausländerstopp) erfolglos einen entsprechenden Antrag gestellt. Im Bezirk Berlin-Mitte einigten sich CDU und SPD unlängst darauf, die Vergabe von Fördergeldern an die Unterzeichnung einer Klausel zu binden.



Zwei Organisationen, ein Antrag

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dr. Ulrich Battis kam bereits im November 2010 zu dem Schluss, dass die Extremismusklausel zumindest in Teilen nicht verfassungskonform ist.

Auch Harald Georgii vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages äußerte in seinem Gutachten

vom 13. 1. 2011 Kritik am verlangten *„Bekennnis“*: *„Eine bestimmte Meinung nicht zu haben bzw. nicht äußern zu wollen, fällt in den Schutzbereich des Artikels 5 Abs.1 GG. Die Meinungsfreiheit, die ihrerseits konstituierend für die Demokratie ist, lässt selbst eine kritische Auseinandersetzung mit Verfassungsgrundsätzen und -werten zu“*. Ein Gutachten zur sächsischen Klausel, erstellt vom Juristischen Dienst des Sächsischen Landtages, bestätigte im Oktober 2011 die Fragwürdigkeit des Bekenntniszwanges ebenfalls mit Verweis auf das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.

Nicht allein das Bundesfamilienministerium beweist hier erheblichen Förderbedarf in Toleranz und Kompetenz. Wenn Vereine ihre PartnerInnen oder ReferentInnen in Geheimdienstberichten recherchieren müssen, um anschließend behördlich überprüft zu werden, ob die Ermittlungstätigkeiten ordnungsgemäß durchgeführt wurden, ist das einzige, was verlangt und gefördert wird, Spitzel- und Denunziantentum.

Und anderes ist von einer rechten Hardlinerin wie Kristina Schröder auch nicht zu erwarten. Seit ihrem Amtsantritt gibt sie sich jede Mühe, den Schröderschen (Gerhard) *„Aufstand der Anständigen“* (so kritisch dieser auch zu bewerten ist) durch die Schrödersche (Kristina) *„Bekämpfung des Extremismus“* zu ersetzen, den Fokus vom *„zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextremismus und Neonazis“*

auf die Bekämpfung jeder Form des *„Extremismus“* zu verlagern.

Dass dies nicht nur eine ideologische Debatte ist, haben inzwischen zahlreiche Initiativen gegen Nazis zu spüren bekommen, die bisher aus Bundesprogrammen gefördert wurden.

Wissenschaftliche Extremismus-Legende

Die wissenschaftliche Basis der Extremismus-Formel liefern allen voran der Politikprofessor und stellvertretende Direktor des Hannah Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Uwe Backes, und der Professor an der TU Chemnitz, Eckhard Jesse. Sie gehen davon aus, dass eine breite „Mitte der Gesellschaft“ auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vom linken und vom rechten Rand aus bedroht wird. Die beiden „Ränder“ werden von ihnen als Endpunkte eines Hufeisens dargestellt – weit weg von der „Mitte“, aber einander sehr nah. Und folgerichtig stellen sie ihre Forschung in den Dienst eines „wehrhaften Verfassungsstaates“, damit – in Deutschland kennt man sich da ja aus – sich die Katastrophe von 1933 nicht wiederholen könne. Denn damals sei die Demokratie im „Zusammenwirken der Republikfeinde (insbesondere KPD und NSDAP)“ bedroht worden. So zu lesen im Editorial zum „Jahrbuch Extremismus und Demokratie 2010“, das u.a. von den beiden herausgegeben wird.

Das ist natürlich höherer Blödsinn von besonderer Güte und Dreistigkeit. Zugrunde gerichtet wurde die Weimarer Demokratie von bürgerlichen Parteien, dem Kapital und dem Militär – der „Mitte der Gesellschaft“ – und die „Katastrophe von 33“ war die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Koalition von NSDAP und DNVP (und nicht KPD).

Diese Umdeutung historischer Tatsachen findet ihre Fortsetzung im wohl bewussten Leugnen gegenwärtiger Gegebenheiten. Die Studie „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung attestiert auch heute Deutschlands „Mitte“ eine wachsende Zustimmung zu „rechtsextremen Einstellungen“: Gut jede/r Vierte befürwortet eine „starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, etwa ein Zehntel hätte gerne einen Führer und eine Diktatur. Mehr als 30 Prozent der Deutschen äußern sich ausländerfeindlich und

finden Deutschland „überfremdet“. „Der Anteil der Bevölkerung, der antisemitisch eingestellt ist und dies offen (...) zu erkennen gibt, liegt (...) bei knapp 10 %. Vorstellungen, dass der ‚Einfluss der Juden zu groß‘ ist, dass ‚Juden mehr als andere mit üblen Tricks arbeiten‘ und dass ‚sie etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben und nicht so recht zu uns passen‘, sind keineswegs Ansichten am Rand der Gesellschaft.“, so die AutorInnen der Studie.

Solche Umfrageergebnisse zeigen in aller Deutlichkeit die Falschheit der Extremismus-These. Vor allem aber zeigen sie, dass antifaschistisches, fortschrittliches Engagement und linke Gesellschaftskritik so notwendig sind wie eh und je. Und gerade die, die gegen Faschismus, Rassismus und Chauvinismus in der „Mitte der Gesellschaft“ kämpfen, laufen Gefahr, an den linken „Rand“ definiert und damit kriminalisiert zu werden. Ihre Gleichsetzung mit faschistischer, menschenverachtender, ausgrenzender Weltanschauung ist eine bodenlose Unverschämtheit.



Ausgerechnet! „Die Demokratie-Wächter“

Die Demokratie-Wächter

Eingeführt wurde der Begriff des „Extremismus“ vom Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit einigen Politologen, u.a. den schon erwähnten Professoren. Der Begriff findet sich weder im Grundgesetz, noch in irgendeinem anderen Gesetz. Insofern

ist er strafrechtlich nicht relevant. „Extremismus“ ist ein politischer Begriff, über den einige „Wissenschaftler“, die Innenministerien und der Verfassungsschutz die Deutungshoheit haben. Das bayerische Innenministerium gibt beispielsweise die Faltblätterserie „Demokratie in Gefahr“ heraus, damit auch diejenigen, die vielleicht sonst Schwierigkeiten hätten einen Extremisten zu erkennen, dazu in die Lage versetzt werden. In der Ausgabe zum „Linksextremismus“ heißt es da: „Charakteristisch für alle Linksextremisten in Deutschland ist ihre antifaschistische, antirassistische und antiimperialistische Grundhaltung. (...) Klassische Aktionsfelder für Linksextremisten sind ‚Neonazismus/Faschismus‘, ‚Antiimperialismus‘, ‚Anti-Globalisierung‘, ‚Anti-Kernkraft‘, ‚Antimilitarismus‘, ‚Antirassismus‘, ‚Asyl- und Abschiebeproblematik‘ und der Kampf gegen ‚Sozialabbau‘.“ Bei soviel „Anti“ geht dann leicht auch mal das eine oder andere verloren ...

Und wo lässt sich eine solche Ideologie besser absetzen als in den Schulen. Im September 2011 erschien, gefördert vom Familienministerium, die Broschüre „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ der „Zeitbild Stiftung“ als kostenloses Unterrichtsmaterial für Schulen. Das Vorwort steuert die Familienministerin bei. Sie warnt darin, dass linksextreme Positionen bisher zu wenig beachtet wurden. Es gelte, wachsam zu sein, deshalb soll „dieses Magazin (...) Sie und Ihre Schülerinnen und Schüler für das Thema Linksextremismus sensibilisieren. (...) Zudem erhalten Sie methodische Anregungen zu pädagogischen Zugängen und Umgangsweisen mit dem Thema Linksextremismus.“

Und das funktioniert unter anderem so: Arbeitsblatt 10 trägt den Titel „Wie macht man gleich?“ Eine Grafik illustriert die Aussage, dass das reichste Zehntel der Bevölkerung der Bundesrepublik über 61,1 Prozent des gesamten Einkommens verfügt. Dieses Zehntel kommt für 51,8 Prozent der Einkommensteuer auf. Die Aufgabe für die SchülerInnen: „Um die Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen auszugleichen, erhebt der Staat Steuern. Diskutiert in der Gruppe, ob es gerecht ist, dass ein

Zehntel der Bevölkerung über 50 Prozent des Steueraufkommens leistet.“

Auf derselben Seite werden folgende Aussagen zum Thema Gleichheit nebeneinander gestellt. Zunächst: „Linksextremisten machen die ‚kapitalistische Klassengesellschaft‘ für alle sozialen Probleme verantwortlich. Ihre Forderung: ‚Durch radikale Umverteilung müssen soziale Unterschiede beseitigt werden.‘“ Und dann: „(...) die Tatsache, dass Menschen von Geburt an verschieden sind in physischen und geistigen Begabungen, kann nicht hinwegdiskutiert werden. Einige übertreffen ihre Mitmenschen an Gesundheit und Kraft, an Verstand und Fähigkeiten, an Energie und Entschlusskraft, und sind dadurch besser als der Rest der Menschheit geeignet zum Verfolg irdischer Angelegenheiten (...).“ Ludwig von Mises (1961): Gleichheit und Ungleichheit, Chicago“. Diesmal sollen die SchülerInnen entscheiden, wer die besseren Argumente hat, die „Linksextremisten“ oder der Experte Ludwig von Mises. Die Art der Fragestellung zur Besteuerung und die Verknüpfung mit den beiden Zitaten gibt eine politische Position vor, die gesellschaftliche Solidarität als „linksextremistisch“ diffamiert und als Alternative übelsten Sozialdarwinismus anzubieten hat.

Da im Quellenverzeichnis überwiegend Verfassungsschutzämter genannt sind, überrascht es nicht weiter, dass sich eine Liste „linksextremistischer Organisationen“ wie eine Auswahl aus den VS-Berichten liest.

Das Kapitel „Argumente des Linksextremismus“ gibt schließlich Hinweise, was Kristina Schröder mit der Extremismusklausel will. Denn hier geht es vor allem um Antifaschismus, der von den „Linksextremisten“ missbraucht würde. Antifaschismus sei nämlich, wie Antikommunismus, im Allgemeinen eine demokratische Grundposition. Gleichwohl gelte, dass nicht jeder Antifaschist ein überzeugter Demokrat sein müsse. Demokratischer Antifaschismus sei demnach die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen und Rechtsdiktaturen wie dem Nationalsozialismus, von dem es lapidar heißt: „Dessen Vertreter hat-

ten in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 Grundrechte aufgehoben sowie Oppositionelle und als nicht dem Volk zugehörig Definierte verfolgt und ermordet.“ Unter der Überschrift „Antidemokratischer Antifaschismus“ bekommen die SchülerInnen dann eine kleine Kostprobe in Totalitarismustheorie. Auf dem entsprechenden Arbeitsblatt zum Thema ist der Widerstand gegen den Nationalsozialismus noch nicht einmal mehr erwähnt. Dort sind die guten AntifaschistInnen die liberale Opposition gegen Mussolini und die Gegner Francos. Die Definition des „extremistischen Antifaschismus“ liefert Armin Pfahl-Traughber*: „Die (...) kommunistische Faschismus-Definition geht demgegenüber davon aus, dass Faschismus in wirtschaftlichen Krisen notwendigerweise aus dem Kapitalismus folgt. Damit beabsichtigt ein konsequenter Antifaschismus in diesem Sinne die Abschaffung der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus und damit auch der als bürgerlich geltenden parlamentarischen Demokratie.“

Trotz dieser sehr verkürzten Darstellung lässt sich erkennen, dass sich Kommunistinnen und Kommunisten – und nicht nur die – damit einer Analyse schuldig machen, nach der Faschismus nicht vom Himmel fällt und womöglich sogar in der „Mitte der Gesellschaft“ zu verorten sei.

Bilanz

Nach über einem Jahr Extremismusklausel konnten zahlreiche Projekte nicht umgesetzt werden – die Mittel fehlten, weil die TrägerInnen die Klausel nicht unterschreiben wollten.

Das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus etwa musste eine Bildungsreise für Jugendliche nach Schwitz absagen und das Projekt „Spurensuche in Fürth“ kam nicht zustande. Das selbstverwaltete Jugendkulturzentrum Conne Island in Leipzig konnte ein Projekt zur Geschichte des Hauses nicht durchführen. Der Frauenkultur e.V., ebenfalls aus Leipzig, konnte eine Publikation über

Anzeigen

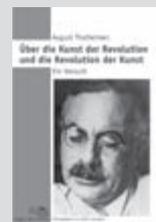
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre,
DIN-A5
80 Seiten, 6,- €
Herausgegeben
von Heiner
Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

T. Gradl,
Postfach 910307,
90261 Nürnberg

* Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologe war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz und ist seit 2004 Professor an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (FH Bund). Er publiziert u. a. im Jahrbuch Extremismus und Demokratie und gibt seit 2008 das Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung heraus.

rechtsextreme Frauen nicht erstellen. Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN – BdA) fehlen die Mittel zur Fortführung eines Projekts zum Aufbau verschiedener Gedenkstätten in Berlin. Der AKUBiZ e.V. aus Pirna, dem schon im November 2010 der Sächsische Förderpreis für Demokratie aberkannt wurde, weil der Verein die Extremismusklausel nicht unterschrieb, konnte 2011 ein Projekt zum ehemaligen Konzentrationslager Königstein nicht umsetzen. Der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin wurde die Förderung widerrufen, nachdem sie nur das Bekenntnis zur FdGO, nicht aber die Zusage zur Bespitzelung unterschrieben hatte. Die Stadt Jena hat auf Bundesmittel verzichtet, weil die Kommune die Extremismusklausel

nicht von TrägerInnen unterzeichnen lassen will. Und so weiter und so fort.

Die überwiegende Mehrheit der TrägerInnen hat die Klausel jedoch mehr oder weniger zähneknirschend unterschrieben. Die mühsam aufgebauten Strukturen (an denen zuweilen auch die Existenz ihrer MitarbeiterInnen hängt) aufgeben zu müssen, den Betroffenen rechter Gewalt die Unterstützung entziehen zu müssen, die wichtige Arbeit im Kampf gegen Nazis einstellen oder einschränken zu müssen – all dies mögen Gründe sein, die zu einer solchen Entscheidung führen. Aber sie hat einen hohen politischen Preis. Mit jeder Unterschrift wird der rechtsbürgerlichen Auffassung von demokratischer Kultur zur Allgemeingültigkeit verholfen, das staatliche Extremismus-Konstrukt

gestützt und die Entsolidarisierung vorangetrieben.

Die Bedrohung kommt aus der „Mitte“

Die Klausel ist ein Instrument, das in übergeordnetem Zusammenhang steht. Sie schränkt auf der einen Seite den politischen Spielraum ihrer UnterzeichnerInnen extrem ein und die Kriminalisierung unabhängiger antifaschistischer Initiativen lässt sich einfacher ins Werk setzen. Auf der anderen Seite mischt sich der Inlandsgeheimdienst – als ein staatliches Repressionsorgan! – zunehmend in den gesellschaftlichen Diskurs ein. Dass dessen „Erkenntnisse“ äußerst fragwürdig sind und die Nennung verschiedener antifaschistischer Initiativen in den Verfassungsschutzberichten immer wieder vor Gericht untersagt wird, ist dabei nur ein Aspekt.

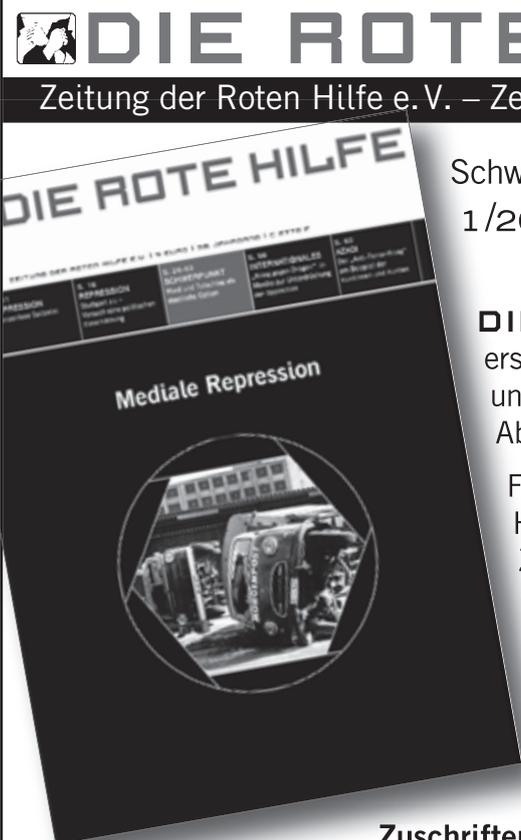
Politische Bildungsarbeit soll nur leisten, wer sich jede Kritik an Staat und Verfassung versagt. Gleichzeitig aber betätigt sich der Geheimdienst selbst immer mehr auf diesem Gebiet. Die gespenstische Vorstellung, dass die antifaschistische Aufklärungsarbeit künftig durch den Verfassungsschutz geleistet wird, ist keineswegs aus der Luft gegriffen. In mehreren Bundesländern tritt der Geheimdienst seit einigen Jahren offensiv als Bildungsakteur z.B. in Schulen auf.

Dies muss jeder fortschrittlich denkende Mensch, dessen Demokratieverständnis sich nicht darauf beschränkt, auf dem Boden des „ehernen“ (aber bei Bedarf ruckzuck geänderten) Grundgesetzes stehen zu bleiben, als ernste Bedrohung empfinden.

Die Kritik darf sich daher nicht auf die Klausel beschränken, sie muss die staatliche Extremismuspolitik in den Fokus nehmen. Deren VertreterInnen, ob nun Behörde oder Stiftung, kann nur wirksam etwas entgegengesetzt, wer sich nicht durch die Klausel hat einschränken lassen und unabhängig agiert.

Links: <http://demokratiebrauchtuns.de> (ausführlicher Pressespiegel und Chronologie zur Extremismusklausel)
<http://inex.blogspot.de/>

Anzeige



DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

Schwerpunkt der Ausgabe
1/2012: **Mediale
Repression**

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr
und kostet 4 Euro, im
Abonnement 20 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten
Hilfe e.V. ist der Bezug der
Zeitung im Mitgliedsbeitrag
inbegriffen.

**Gefangene erhalten die
Zeitung kostenlos.**

Zuschriften und Anfragen an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Abonnieren:
Rote Hilfe e.V., Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

**Auch in gutsortierten
Bahnhofsbuchhandlungen**

40 Jahre Berufsverbote oder der deutsche Sonderweg



Der „Radikalerlass“ der sozial-liberalen Koalition von 1972 wurde dieses Jahr 40 Jahre alt. Der „Radikalerlass“ hatte zur Folge, dass tausende Linke Berufsverbote erhielten, weshalb sich dafür auch die Bezeichnung „Berufsverbot“ eingebürgert hat.

Die Berufsverbote sind ein Sonderweg der deutschen Bourgeoisie im Klassenkampf – abgesehen von den USA in der McCarthy-Ära dürfte es in keinem bürgerlichen Staat zu solchen Exzessen gekommen sein. Doch die Berufsverbote sind nicht lediglich ein Ergebnis des kalten Krieges in der früheren BRD gewesen; sie haben in der deutschen Geschichte eine lange Tradition und sind von einem wütenden Antikommunismus und Hass gegen die Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Während des deutschen Faschismus wurden Berufsverbote gegen die politischen Gegner, aber auch gegen Menschen jüdischen Glaubens, bzw. wem die Nazis dafür hielten, verhängt.

Deshalb fand der schöne deutsche Begriff „Berufsverbot“ Eingang in andere Sprachen.

Im Januar 1972 beschloss die sozial-liberale Koalition unter dem „Mehr Demokratie wagen“-Kanzler Willy Brandt, wer im öffentlichen Dienst eingestellt werden durfte, nämlich „(...) wer die Gewähr dafür bietet, daß er

jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung (...)“ eintritt. Der Erlass war gegen die seit den späten 60er Jahren erstarkenden linken Bewegungen und Parteien gerichtet, in erster Linie gegen die DKP. Bis in die 80er Jahre wurden mehrere Millionen Menschen mit Hilfe der „Regelanfrage“ bei den Verfassungsschutzämtern überprüft, Tausenden wurde die Einstellung im öffentlichen Dienst verweigert bzw. verloren ihren Arbeitsplatz. Betroffen von dieser Repression waren nicht nur die Mitglieder der kommunistischen Partei, sondern auch Mitglieder von Organisationen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Berufsverbote im Kaiserreich

Damit reihte sich die damalige SPD/FDP Regierung in eine unsägliche deutsche Tradition, die kurz nach der Reichsgründung mit dem bismarckschen „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, kurz „Sozialistengesetz“, angefangen hat.

In dem Gesetz vom 21. Oktober 1878 („Wir Wilhelm, von Gottes

Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.“) wurde verordnet:

„§ 1: [1] Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. (...)“

§ 23: Unter den im § 22 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen kann gegen Gastwirthe, Schankwirthe, mit Branntwein oder Spiritus Kleinhandel treibende Personen, Buchdrucker, Buchhändler, Leihbibliothekare und Inhaber von Lesekabinetten neben der Freiheitsstrafe auf Untersagung ihres Gewerbebetriebes erkannt werden.“

Dieses Gesetz hatte zur Folge, dass tausende Genossinnen und Genossen ihre Arbeit verloren, verfolgt wurden, in die Zuchthäuser geworfen wurden oder aber ins Exil gehen mussten. Die Sozialistengesetze wurden 1890 nicht mehr verlängert, aber auch danach waren die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften die Aussätzigen im Kaiserreich.

Das änderte sich scheinbar für einige hochgestellte Mitglieder der Arbeiterorganisationen nach der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Reichstag 1914. Für andere, die mit der deutschen Bourgeoisie und dem Militarismus ihren Frieden nicht geschlossen hatten, sah es anders aus: wer im Betrieb oder auf der Straße gegen den Krieg agitierte, wurde an die Front geschickt, sehr oft mit Zustimmung bzw. durch Denunziation der gewendeten SPD-Funktionäre.



Berufsverbote im Nationalsozialismus

Das Beamtentum in der Weimarer Republik war extrem reaktionär, antisemitisch und monarchistisch, was kein Wunder ist angesichts der gescheiterten Revolution und der damit ungebrochenen Kontinuität. Doch gab es zumindest formal keine Einschränkung der Berufsauswahl für politisch Missliebige. Das änderte sich mit der Machtübernahme der Nazis und dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933.

Paragraph 3 besagte: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen (...)“. Weiter bestimmte dieses Gesetz: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ Natürlich ging es nicht nur um Beamte: „auf Angestellte und Arbeiter finden die Vorschriften über Beamte sinnngemäße Anwendung.“ Diese Nazi-Paragraphen, so schlimm sie auch waren, waren wie wir wissen nicht der Höhepunkt des faschistischen Terrors: Zehntausende Menschen, vor allem aus der Arbeiterbewegung waren mit der Machtübernahme

der Nazis gezwungen, in die Illegalität oder ins Exil zu gehen, ebenso viele waren schon verhaftet beziehungsweise in „Schutzhaft“. Schon vor der Verabschiedung dieses Gesetzes war das KZ-Dachau errichtet worden um politische Gegner, vor allem Mitglieder der Arbeiterparteien und -organisationen auch ohne „rechtmäßige“ Verurteilung aus dem Weg zu schaffen.

1935 wurde mit den Nürnberger Rassengesetzen die Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens oder Herkunft gesetzlich sanktioniert, ab dem 1. Januar 1939 verboten die Nazis Juden den Handel und das Handwerk. Standen diese Menschen schon vorher unter dem enormen Druck, ihre Betriebe zu verkaufen, hatten sie nun mit dieser Maßnahme keine andere Möglichkeit mehr.

Nach den organisierten Pogromen am 9./10. November 1938 folgten zwei Verordnungen, die die verbliebenen jüdischen Kaufleute und Handwerker endgültig zwingen aufzugeben. Jüdischen Beschäftigten wurde gekündigt, die Selbstständigen unterlagen einem weitgehenden Berufsverbot.

Willkommen in der Demokratie

Knapp ein Jahr nach Gründung der BRD, im September 1950, beschloss die Bundesregierung unter Konrad Adenauer einen Erlass „zur Verfassungstreue der öffentlich Bediensteten“. Ziel war erneut, Kommunistinnen und Kommunisten und Antifaschistinnen und Antifaschisten aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Nicht einmal ein Jahr später, am 26. Juni 1951, verbot die Bundesregierung die Freie Deutsche Jugend und stellte im November desselben Jahres den Verbotsantrag gegen die KPD beim Bundesverfassungsgericht. Damit war nur fünf Jahre nach dem Ende des Terrors des deutschen Faschismus die Verfolgung von AntifaschistInnen und KommunistInnen wieder Alltag: Hunderttausende Ermittlungsverfahren wurden eröffnet, Zehntausende

Betroffenen von Ermittlungsverfahren und Verurteilungen waren in den ersten Jahren der Bundesrepublik vor allem Gegnerinnen und Gegner der Wiederaufrüstung und KommunistInnen. In der Zeit von 1950 bis 1968 gab es über 100.000 Ermittlungsverfahren und etwa 10.000 Verurteilungen wegen Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung.

wurden entlassen, in Gefängnisse geworfen – meist von denselben Richtern, die bereits unter den Nazis die Genossinnen und Genossen verurteilt hatten. Von der Verfolgung waren auch Menschen betroffen, die „nur“ aufrechte Demokratinnen und Demokraten waren: Alle, die sich nach Meinung der Herrschenden nicht genügend von der DDR, KPD, FDJ usw. distanzieren, waren suspekt und mussten mit Repressalien rechnen.

Dabei sollten wir uns die „demokratische Verfasstheit“ der BRD in diesen Jahren vor Augen führen: Gerade die Mitglieder der Beamtenkaste, Unternehmer, Ärzteschaft, die Juristen usw., die willfähigen Täter, kamen gänzlich ungeschoren davon. Zwar gab es „Entnazifizierungsmaßnahmen“, sie wurden aber angesichts der zuneh-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 174 Winter 2011/12, 32 S.

- Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise
- Unsere Jahreskonferenz
- 40 Jahre Gruppe Arbeiterstimme
- Proteste in Spanien
- Der Aufruhr in Großbritannien
- Modell Ungarn
- Vor 120 Jahren geboren: Alfred Schmidt

Nr. 173 Herbst 2011, 36 S.

- Kuba: Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt
- Die nicht gehaltene Festspielrede 2011
- Die Spaltung der KPO 1938
- Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmira in den USA
- Die Legende wird fortgeschrieben
- Rezension: Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf
- Rezension: Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern

Nr. 172 Sommer 2011, 36 S.

- NATO-Politik mit allen Mitteln
- Wird jetzt auch Bahrain bombardiert?
- Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge
- 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Ost-Deutschland
- Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München
- Lateinamerika 2011
- Filmbesprechung: Wadans Welt

Nr. 171 Frühjahr 2011, 36 S.

- Revolution am Nil?
- Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber
- Arbeitswelt prekär
- Naziaufmarsch in Dresden verhindert!
- Leben in der Big Society
- Erfolge und Widersprüche der K.P. Chinas
- Wirtschaftsreformen in Kuba
- Patrice Lumumba
- Wir gratulieren dem Genossen Bergmann!
- Für einen neuen Internationalismus
- Wolfgang Abendroth

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

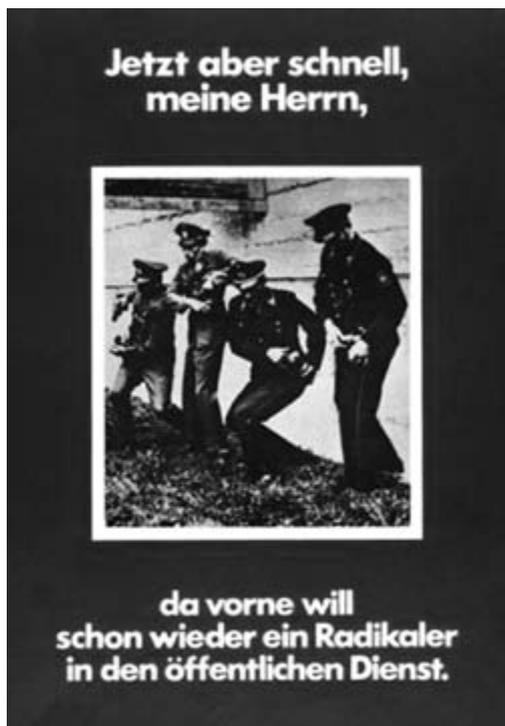
www.arbeiterstimme.org

menden Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion immer großzügiger ausgelegt. Trotzdem, obwohl auch die Besatzungsmächte etliche für sie „brauchbare“ Nazis vor der Strafverfolgung geschützt und in ihre Dienste genommen hatten, waren viele im Rahmen der „Entnazifizierungsmaßnahmen“ ihren alten Job los oder sogar, was seltener vorkam, im Gefängnis.

Bereits nach der Gründung der BRD versuchten deshalb die Verantwortlichen die Begnadigung der verurteilten NS-Verbrecher zu erreichen, die FDP stellte schon Anfang 1950, knapp fünf Jahre nach Ende des deutschen Faschismus den Antrag auf Beendigung aller Entnazifizierungsmaßnahmen. Endlich wurde im Juli 1954 im Bundestag ein „Straffreiheitsgesetz“ beschlossen, ein Amnestiegesetz für die NS-Täter. Damit war offiziell auch für die verurteilten Nazis der Weg in alle Ämter offen. Nazis, die vorher „nur“ als Spitzel für das Bundesamt für Verfassungsschutz usw. arbeiteten, konnten jetzt mit Sicherheit damit rechnen verbeamtet zu werden.

Die Verfolgung und Repression gegen Kommunistinnen und Kom-

munisten dauerte bis in die späten 60er Jahre. Ein paar Jahre ließ die Verfolgung etwas nach, eben bis Januar



1972, bis zu den neuen Berufsverboten. Erstaunlich ist der Vergleich des Wortlautes des „Radikalenerlasses“ von Willy Brand mit dem des Nazigesetzes. Nur einzelne Textbausteine der Nazis

wurden ausgetauscht, „brauchbares“ wurde einfach in den „Radikalenerlass“ übernommen. Auch das zeugt von der enormen „antifaschistischen Gesinnung“ der Regierenden.

Und heute?

Die „Radikalenerlasse“ sind überall bis auf Bayern aufgehoben. Der „Regelanfrage“ beim Inlandsgeheimdienst, „Amt für Verfassungsschutz“ ist einer „Bedarfsanfrage“ gewichen, die bei „verdächtigen“ Bewerberinnen und Bewerbern aber weiterhin in allen Bundesländern und im Bund durchgeführt wird. Das letzte große Berufsverbotsverfahren, das bundesweit von der Linken wie auch von den staatlichen Stellen aufmerksam beobachtet wurde, ist der Fall Michael Cszkóczy (siehe Kasten).

Nur die Bayerische Regierung ist noch richtig auf der Wacht und schützt Land und Leute vor den Umstürzern. Wer sich in Bayern für den öffentlichen Dienst bewerben möchte, und sei es nur ein studentischer Aushilfsjob in der Uni oder bei der Kommune, muss eine Erklärung zur „Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ abgeben und kann in einer angehängten Liste ankreuzen bei welchen „extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen“ er/sie Mitglied ist oder war, in welchen Zeiträumen und in welcher Funktion. Und wenn die eigene „extremistische Organisation“ nicht aufgeführt ist? Auch dafür ist gesorgt: dann kreuzt man „sonstige“ an und trägt die Bezeichnung der Gruppe/Organisation ein. Selbstverständlich ist, wie auch bei den Nazis und dem „Radikalenerlass“ von 1972, der Passus vorhanden, dass „für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst (...) entsprechend den jeweiligen tariflichen Bestimmungen dieselben Grundsätze (gelten).“

Auch die Beschäftigten freier Träger müssen in Bayern ihre „Verfassungstreue“ kundtun wenn sie zum Beispiel im Rahmen der Schulsozialarbeit in staatlichen oder städtischen Schulen eingesetzt werden sollen.

Aber in der Öffentlichkeit wird diese Einschränkung der freien Berufswahl noch nicht als Berufsverbot wahrgenommen.

Der Fall Michael Cszkóczy

Anfang 2004 wurde unter der heutigen Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) dem Heidelberger Realschullehrer Michael Cszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Als Grund wurde sein Engagement in der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ angegeben. Im Jahr 2006 schloss sich das Bundesland Hessen an und verweigerte dem Genossen Cszkóczy ebenfalls aus politischen Gründen die Einstellung.

Dieses Berufsverbot wurde anfänglich von den zuständigen Verwaltungsgerichten abgenickt bis es im Urteil vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim im April 2007 für unrechtmäßig erklärt wurde. Im September desselben Jahres musste Baden-Württemberg Micha als Lehrer einstellen. Schließlich stellte das Landgericht Karlsruhe am 28. April fest, dass das Land Baden-Württemberg schuldhaft gehandelt hat und Michael Cszkóczy Schadenersatz zusteht.

Der Ausgang dieses langen Kampfes ist als Erfolg zu bewerten nicht nur für Micha, sondern für alle Genossinnen und Genossen, die von Berufsverboten oder Betriebsrepression betroffen oder bedroht sind. Ausschlaggebend für diesen Erfolg war, dass Michael sich in keiner Weise von seinen politischen Ansichten distanziert hat, eine breite Unterstützung aus seinem politischen Umfeld, von ehemals Betroffenen des Berufsverbots, von der Roten Hilfe e.V., von seiner Gewerkschaft GEW und von vielen anderen Organisationen und Einzelpersonen erhalten hat.

Aber damit ist es nicht getan: Ziel ist die Rehabilitierung und Entschädigung aller Betroffenen aus den 50er, 60er und 70er Jahren, die Verbannung der gesetzlichen Grundlagen für die Berufsverbote aus den Gesetzbüchern und natürlich die Abschaffung jeglicher Geheimdienste in der BRD.

Wie tief steckt der Staat im Naziterror? Versäumnis, Versagen, Verschulden

Allen, die in Thüringen antifaschistische Recherche betreiben, waren die Namen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe ein Begriff. Anfang 1998 hatte deren von den Sicherheitsbehörden ungehindertes Abtauchen unzählige Fragen, Vermutungen und auch parlamentarische Aktivitäten nach sich gezogen. Und dann fragten sich viele 2003, als die Haftbefehle gegen die drei Neonazis wegen Herbeiführung bzw. Planung von Sprengstoffverbrechen aufgehoben wurden, ob sie nach ihrer Flucht nun nach Thüringen zurückkehren würden.

Auch wenn in den Strafverfolgungsbehörden verharmlösend von Einzeltätern ohne organisierten Bezug und „Bombenbastelei“ die Rede war, hatten viele Antifaschisten damals eine ganz andere Einschätzung. Die mit 1,4 Kilogramm gefüllten Rohrbomben hatten tödliches Potenzial: Am 5. Februar 1995 starben im österreichischen Bundesland Burgenland fünf Roma bei einem Anschlag mit einer Rohrbombe. Dass Neonazis nicht nur „bastelten“, sondern mordeten – gestern wie heute – war schon 1998 bekannt.

Die drei abgetauchten Neonazis tauchten Jahre später wieder auf – am 4. November 2011, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot, Beate Zschäpe auf der Flucht, bis sie sich am 8. November in Jena der Polizei stellte. Seitdem vergeht kein Tag, an dem nicht neue Details zu einem der größten Skandale bundesdeutscher Sicherheitsbehörden und zu einer gegenüber dem Neonazismus nachsichtigen Politik ans Tageslicht kommen.

Offene Fragen

Neun rassistische Morde, ein Mordanschlag auf eine Polizistin, viele Schwerverletzte durch antisemitische

und ausländerfeindliche Bombenanschläge und eine Vielzahl von Banküberfällen gehen nach derzeitigem Stand der Ermittlungen auf das Konto der Neonazigruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), zu der die drei Thüringer Neonazis gezählt haben sollen. Niemand, auch nicht die-



jenigen die seit Jahren vor militanten Strukturen, europaweiter Vernetzung, Waffen- und Sprengstoffwerb und -übungen bei Neonazis warnten, konnte sich dies vorstellen.

Dass Neonazis sich auf Terrorakte vorbereiten, war seit langem klar – u.a. in Zusammenhang mit Gruppen wie „Combat 18“. Wenig Klarheit gibt es in Bezug auf den langen Zeitraum, in dem die Morde, Anschläge und Überfälle scheinbar unbemerkt vorstatten gingen und auf die zweifellos bestehenden Unterstützerstrukturen. Warum sind diese nie aufgefliegen? Inwieweit wusste die Neonaziszene von der Mordserie, die in dem Lied „Dönerkiller“ des Nazirockersängers Daniel Giese besungen wurde?

Schließlich herrscht auch großes Unbehagen über die Rolle des Staates – der Geheimdienste, Polizei und Justiz. Was den Anfang und das vorläufige Ende der drei Nazimörder angeht, so müssen die Antworten in Thüringen gesucht werden.

Historische Kontinuitäten

Wer sich mit der Geschichte des Neonazismus nach 1945 in der

Bundesrepublik beschäftigte, weiß, dass rechter Terror kein Novum ist, und dass immer alles daran gesetzt wurde, diese Taten verwirrten Einzeltätern zuzuschreiben, um abzulenken von der staatlichen Durchdringung von Neonazistrukturen, von Geheimdienstkontakten führender

Rechtsterroristen oder gar von der Einbindung paramilitärischer Gruppierungen in Verteidigungsstrategien gegen die „kommunistische Gefahr“ aus dem Osten.

Wir sind alle mit den investigativen Recherchen zur „Wehrsportgruppe Hoffmann“, zum Attentat auf das Oktoberfest, zur NATO-Geheimarmee „Gladio“, zur „Bajuwarischen Befreiungsfront“ usw.

vertraut. Und wir wissen um die NS-Kontinuitäten im Bundesnachrichtendienst oder dem Bundeskriminalamt, um die Verstrickungen der Geheimdienste beim Untertauchen gesuchter NS-Massenmörder wie Alois Brunner und Klaus Barbie und um neonazistische Organisationen wie die „Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte“ die – auch mit staatlicher Unterstützung – NS-Verbrecher finanziell und ideell betreute und das Wissen über funktionierende Netzwerke, die das Untertauchen und die Illegalität von Nazis organisierten, an nächste Generationen weitergab.

„An diesem Fall stimmt nichts“

Wenige Tage nach dem Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes des rechten Terrors der NSU traf ich einen Kriminalisten. Er brachte es auf den Punkt: „An diesem Fall stimmt nichts.“ Zum ersten Mal hatte ich da das Gefühl, dass wir uns mit unseren Fragen nicht in eine Verschwörungswelt verrannt haben, sondern dass man ernsthaft und offen alles in Erwägung ziehen muss – von der Schlamperei

der Behörden bis hin zur staatlichen Lenkung der Terrorgruppe oder deren Umfeld. Es ging nicht mehr nur um die Frage, was der Geheimdienst 1998 wusste, als die drei Neonazis untertauchten, sondern auch inwieweit er Kenntnis von der Waffenbeschaffung, den Anschlägen und Morden hatte und welche Rolle er damals und heute in Bezug auf die Ermittlungsarbeit der Polizei spielte und spielt.

Die drei waren Mitglied der „Kameradschaft Jena“, die in der neonazistischen Dachorganisation „Thüringer Heimatschutz“ (THS), organisiert war. Chef des THS war der langjährige Spitzel Tino Brandt, der in den Jahren seiner V-Mann-Tätigkeit von 1994 bis 2001 vom Staat über 200.000 Mark für sich und die Neonaziszene bekam. Neben Brandt muss es noch weitere Spitzel des Landesamts im Umfeld dieser Strukturen gegeben haben. Eine Spitzeltätigkeit sagte die Südhüringer Zeitung auch dem THS-Aktivisten Jörg Krauthelm nach.

Böhnhard und Mundlos waren zudem in der militanten neonazistischen Szene „Blood & Honour“ (B&H) aktiv. Mundlos schrieb sogar nach seinem Untertauchen noch für deren Zeitschrift White Supremacy unter falschem Namen. Zu den damaligen engen Vertrauten zählte auch Marcel Degner aus Gera, der 2001 als V-Mann enttarnt wurde. THS und die B&H-Strukturen waren durchsetzt mit Spitzeln, das Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen muss also von den Fluchtabsichten der drei, ihren Unterstützern und Aufenthaltsorten Kenntnis gehabt haben. Dies alles ist inzwischen belegt.

Geheimdienstlogik

Wie eng der Verfassungsschutz an den dreien „dran“ war, belegt ein Vorgang aus dem Jahr 1999, als der Verfassungsschutz dem V-Mann Brandt 2.000 Mark übergab, damit sich die drei neue Pässe besorgen konnten. Aus den Akten der Meldebehörde in Jena war bekannt, dass sowohl Personalausweise wie Reisepässe inzwischen abgelaufen waren oder in Kürze ablaufen würden. Jegliche Reisetätigkeit, das Anmieten von Wohnungen und Fahrzeugen oder das Eröffnen von Konten war also eng mit der Frage

der Beschaffung neuer Passdokumente verbunden.

Der Verfassungsschutz behauptet, das Geld nur zur Verfügung gestellt zu haben, damit der Geheimdienst wieder näher an die Observierten heranrückte und dann die Informationen der Polizei übergeben konnte. Das muss er heute behaupten, will er nicht Gefahr laufen, der Beihilfe zur Flucht oder gar der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bezichtigt zu werden.

Das damalige Agieren gehört aber zum Selbstverständnis eines jeden Geheimdienstes, dem es allein darum geht, exklusive Informationen zu haben, die andere Geheimdienste und die Sicherheitsbehörden nicht haben. Das Ausbleiben der Weitergabe von Informationen an die Strafverfolgungsbehörden wird regelmäßig damit begründet, dass der VS eventuelle weitere Informationen, die vielleicht noch brisanter sind, nicht mehr erhalten würde, wenn er die Quellen auffliegen ließe.

In dieser Logik kann der Geheimdienst immer weiter machen, auch wenn er, wie in diesem Fall, erwiesenermaßen Kenntnis über Waffenerwerb oder beabsichtigte Straftaten hat.

Alles ist denkbar

Mittlerweile belegen aufgetauchte Dokumente eindeutig, dass der Thüringer Heimatschutz von Spitzeln und Informanten durchsetzt war. Landesamt, Bundesamt, MAD, möglicherweise auch BND und Polizeibehörden hatten Neonazis in ihren Diensten. Vor und nach dem Abtauchen der drei gab es unzählige Aktivitäten im Umfeld der Neonaziterrorgruppe, etwa Telefonüberwachungen und Observationen. Die Behörden tauschten sich regelmäßig intensiv untereinander aus, auch über Ländergrenzen hinweg. Nur eines gab es nicht: eine Festnahme. Die zentrale Frage lautet: Warum?

Der „Thüringer Heimatschutz“ mit zeitweise bis zu 170 Mitgliedern war nicht nur für den Landesgeheimdienst von Interesse, sicher hatte auch das Bundesamt für Verfassungsschutz dort Informanten platziert, und ziemlich sicher hatte auch das sächsische Landesamt Zuträger im Umfeld der

Unterstützer der drei, nachdem sie ihren Wohnort nach Chemnitz und Zwickau verlegt hatten.

Es ist kein Skandal des Thüringer Verfassungsschutzes und schon gar nicht ein Skandal, der mit der Amtszeit des damaligen Thüringer Geheimdienstchefs Roewer 2001 endet. Es ist davon auszugehen, dass die Verbindungen der drei in ein Milieu, in dem illegal Waffen besorgt werden können, Geld aus Banküberfällen gewaschen wird und Auslandskontakte zu Neonazis aus dem Bereich des Söldnergewerbes bestehen, auch bundesdeutsche Inlands- und Auslandsgeheimdienste auf den Plan gerufen haben.

All das lässt die Schlussfolgerung zu, dass alles denkbar ist, auch dass der Selbstmord zweier Täter, die Sprengung des Wohnhauses in Zwickau durch Zschäpe, das Panoptikum der Tatwaffen im Wohnmobil und in den Trümmern des Gebäudes plötzlich in einem anderen Licht erscheinen könnten.

Anzeigen

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Wir brauchen keine Geheimdienste

Wir müssen Fragen nach weiteren Taten und weiteren Zellen des Neonaziterrors stellen. Wir wollen jeden Verantwortlichen und jeden Vorgang kenne, der dazu beigetragen hat, dass diese Gruppe agieren konnte.

Wir müssen klare politische Forderungen stellen: Wir brauchen keine Geheimdienste, sie sind eine Gefahr für die Demokratie. Wir wollen endlich ein klares antifaschistisches Bekenntnis des Staates. Es muss Schluss sein mit dem Geschwätz der Extremismustheoretiker vom „weichen Extremismus“ der LINKEN, der gefährlicher sei als die Neonazis. Es muss Schluss sein mit der Verfolgung engagierter Antifaschisten und mit der antikommunistischen Staatsdoktrin

im Gewand der Extremismus- und Totalitarismustheorie.

Möglicherweise müssen wir die Justiz einschalten, um zu klären, ob Behörden oder deren Mitarbeiter Straftaten begangen haben. Aber das wichtigste ist: Es gibt auch heute noch eine militante neonazistische Szene, es gibt Angst vor neuen Anschlägen und berechtigte Wut bei Migranten über die Ermittlungen der Polizei und der teils rassistischen Berichterstattung nach den Morden. Der „braune Sumpf“ muss endlich trocken gelegt werden. Die Gesellschaft muss in Zukunft protestieren, wenn von „einem toten Dönermann“ die Rede ist, und der Staat muss endlich konsequent auf Neonazis reagieren.

Ob es aber zu einer umfassenden Aufklärung, zu politischen Konsequenzen und zu einer Schwächung

des Neonazismus kommt, hängt auch davon ab, ob wir uns endlich wieder wahrnehmbar mit unseren Forderungen auf die Straße begeben. Geschrieben, beantragt und debattiert wurde schon viel. An der Auseinandersetzung um den Naziaufmarsch im kommenden Februar in Dresden und der staatlichen Verfolgung von Demokraten und Antifaschisten wird sich einmal mehr zeigen, auf welcher Seite die Zuständigen stehen.

Martina Renner

Martina Renner ist innenpolitische Sprecherin der LINKEN im Thüringer Landtag.

Aus:
SoZ Sozialistische Zeitung SoZ-Verlag
 Regentenstr. 57-59, 51063 Köln
 Tel. 0221 9231196, Fax 0221 9231197
 E-Mail: redaktion@soz-verlag.de

Sozialproteste in Rumänien



Seit Mittwoch dem 11. Januar 2012 gibt es nach 23 langen Jahren seit dem Ende des Ceausescu-Regimes welches nach anfänglichen Hoffnungen eine Ära der Resignation und sozialen Erstarrung einleitete, wieder Anzeichen für Bewegung in Rumänien. Tausende haben sich seit Freitag dem 13. Januar die Straßen genommen. Die Demonstrationen haben sich mittlerweile über das ganze Land ausgebreitet und fanden in mehr als vierzig Städten statt. Vollkommen spontan brachen die Proteste und Demonstrationen über das ganze Land herein, nachdem die Regierung Ende Dezember eine Reform auf den Weg gebracht hatte, die

auf eine umfassende Privatisierung des kompletten Gesundheitssystems abzielte. Unter anderem sollte auch der landesweit ausgezeichnet funktionierende Rettungsdienst SMURD einer Totalprivatisierung unterzogen werden. Faktisch wäre es das Ende des allgemeinnützigen Rettungsdienstes SMURD gewesen, dessen Gründer Raed Arafat, ein gebürtiger Palästinenser, in der Bevölkerung ein ausgesprochen hohes Ansehen genießt. Doch es kam ganz anders als sich die Regierung das gedacht hatte. Noch im letzten Jahr hatte der Internationale Währungsfonds der rumänischen Regierung bescheinigt, wie vorbildlich sie den weitgreifenden Sozialabbau

ohne nennenswerten Widerstand gegen die Bevölkerung durchgesetzt hatte. 2011 setzte die rumänische Regierung aus PDL (Partei der Demokraten/Liberalen) und UDMR/RMDSZ (Demokratische Union der Ungarn in Rumänien/Demokratischer Verband der Ungarn in Rumänien) eine der härtesten

Lohnkürzungen in ganz Europa um: Allein den im öffentlichen Dienst Beschäftigten kürzte die Regierung die Löhne um ein glattes Viertel, die Renten um ganze 25 Prozent und das sowieso furchtbar niedrige Arbeitslosengeld um Prozent. Gleichzeitig wurde die Mehrwertsteuer von 19 auf 24 Prozent, also um 5 Prozent, heraufgesetzt. Dies in Zeiten in denen die Renten nicht einmal dazu ausreichen, selbst die dringend notwendigsten Medikamente zu bezahlen oder allein die Heizkosten zu begleichen. „Ich habe 35 Jahre als Lehrerin gearbeitet, jetzt muss ich mich für meine Rente schämen und kann nicht mal die Heizungskosten bezahlen. Dies ist eine furchtbare Erniedrigung“, erklärte dazu die 60jährige Gabriele

Vernat. Und in dieser Situation steht sie nicht alleine da. Gleichzeitig beschloss die Regierung Gesetze die die Rechte der ArbeiterInnen weitereinschränkten. Im Jahr 2011 stieg die Arbeitslosigkeit offiziell von 6,9 auf 7,2 Prozent. Die Preise für Strom, Wasser und Lebensmittel nahmen zu. Besondere in den Städten mit viel Tourismus stiegen die Lebenshaltungskosten weiter eklatant an. Zunächst sah alles danach aus, als ob das Ende Dezember 2011 von Staatspräsident Traian Basescu eingebrachte Gesundheitsgesetz genauso wie alle zuvor getroffenen Streichungen und Sozialkürzungen von der Regierung durchgesetzt würden. Doch die Regierenden haben sich verkalkuliert. Mit dem Gesundheitsgesetz war die massive Beschneidung der Leistungen der



in den Krankenkassen Versicherten festgeschrieben. Zuzahlungen und die generelle Bezahlung aller Arztbehandlungen wären obligatorisch für die Versicherten gewesen. Dazu muss man wissen, dass das Gesundheitssystem in Rumänien, angesichts seiner niedrigen Löhne und seiner Korruption über die arbeitende Bevölkerung hinaus ein miserables Ansehen genießt. Cristian Cercel, rumänischer Korrespondent der englischen Zeitung Guardian beschreibt es so: „Viele Krankenhäuser in Rumänien lassen sich als Vorräume zum Tod bezeichnen, aber das System das Arafat gegründet hat, ist in den Augen vieler Rumänen eines der wenigen Dinge, die einwandfrei funktionieren – es rettet buchstäblich Leben.“ Das Vorhaben den Rettungsdienst einer Totalprivatisierung zu unterziehen, brachte das Fass zum Überlaufen, so dass die Stimmung vollends kippte. Die absolute Privatisierung des Rettungsdienstes hätte bedeutet, dass ein jede/r gezwungen gewesen wäre, entweder zu zah-

len, da er/sie andernfalls – selbst in Notfällen – keine medizinische Versorgung erhalten hätte. Die Absicht den Rettungsdienst SMURD dieser Roskur auszusetzen, da heißt seine bisherige Funktion faktisch aufzuheben, veranlasste Raed Arafat, den Direktor des SMURD und Unterstaatssekretär, öffentlich zu erklären, dass das neue Gesetz das Gesundheitssystem zerstöre und er darum nicht zustimme. Der ohnehin in der Bevölkerung wegen seines autoritären Regierungsstils unbeliebte Traian Basescu setzte sich völlig in die Nesseln, als er Arafat in den Medien angriff und zum „größten Feind des privaten Gesundheitssystems“ erklärte. Seine Attacke mündete in dem Satz: „Wenn er dem Gesetz nicht zustimmt, dann geht er.“ Daraufhin trat Raed Arafat am Freitag den 13. Januar von seinen Ämtern zurück. Die Lawine kam ins Rollen. Schon am 11 Januar hatten in Targu Mures, dem einstigen Studienort Arafats, mehrere hundert Menschen ihre Solidarität mit Arafat auf die Straße gebracht. Auch in Cluj Napoca gingen mehrere hundert Menschen auf die Straße. Schnell und spontan ging eine ungeahnte Welle der Empörung und Solidarität durch das ganze Land. Im Banat, Apuseni und Maramuresch, in Siebenbürgen, Moldau, der Bukowina, in der Walachei, vor allem in Bukarest und am Schwarzen Meer versammelten sich Hunderte in den größeren und kleineren Städten, um ihre Wut gegen die Umsetzung des Gesundheitsgesetzes auf die Straße zu tragen. Schon am darauf folgenden Freitag gingen nach einer langen Zeit der politischen Apathie Tausende auf die Straße als wäre die das natürlichste der Welt. Große Demonstrationen zogen in Botosani, Deva, Alba Iulia, Craiova, Brasov, Piatra Neamt, Lasi, Timisoara und Arad, Suceava, Constanta, Oradea, Slatina, Giurgiu, Ploesti, Constanta, Pitesti, Vaslui, Galati, Sibiu und anderswo insgesamt mehrere zehntausende Menschen an. Erstaunlicherweise nahm die Zahl der Demonstranten zu, obwohl die Regierung einen Rückzieher machte. Staatspräsident Traian Basescu nahm das Gesundheitsgesetz Freitag fürs erste zurück. Raed Arafat konnte in sein Amt zurückkehren.

Der Rettungsdienst SMURD soll weiter bestehen bleiben.

Der Charakter der Proteste

„Wir haben die Parteien, ob LDP (Liberaldemokraten) ob SDP (die poststalinistische Sozialdemokratische Partei) satt – Ihr seid alle gleich“, stand auf einem Plakat in Bukarest. Die Proteste gehen über die Kritik an der geplanten Privatisierung des Gesundheitssystems weit hinaus. Der Protest richtet sich gegen die katastrophalen Kürzungen der Mitte-Rechts Regierung des Kabinetts Emil Boc, gegen das autoritäre Verhalten und den Regierungsstil des Staatschefs Basescu; er richtet sich gegen das gesamte politische Establishment. Versuche der Oppo-



sitionsparteien PNL (Nationalliberale Partei) und SDP (Sozialdemokraten) aus die Protestbewegung in ihren Sinne zu kanalisieren und aus ihr politisches Kapital zu schlagen, schlugen weitgehend fehl. Es ist ihnen im Unterschied zu früher nicht gelungen die Proteste gegen die Regierung zu dominieren. Auf einigen Demonstrationen wurde mit Kerzen an die ermordeten Opfer der 89er „Revolution“ gedacht, die nicht vergeblich gewesen sein sollen. Es wird aus den unterschiedlichsten Gründen demonstriert. Was die meisten eint ist vor allem die Wut auf das politische Establishment, welches die immer breiter um sich greifende Verarmung durch ihre desaströse Kürzungspolitik weiter verschärft. Die Demonstrationen sind fast ein Querschnitt durch die ganze Bevölkerung. Die stärkste Beteiligung bei den Protesten kommt von den RentnerInnen, die seit langem die aktivsten GegnerInnen des Sozialabbaus sind. Dazu kommen StudentInnen wie jungen

Arbeitslose, Krankenschwestern, MedizinerInnen, IT-Kräfte, ausgebildeten FacharbeiterInnen, die nicht gebraucht werden weil immer mehr Zweigbetriebe westlicher Konzerne das Land verlassen um in Ländern mit noch niedrigeren Löhnen produzieren zu lassen. Viele Slogans sind unausgegoren und allgemein lässt sich sagen, dass oft auf nationalistischer Basis argumentiert wird. Viele sehen die wirtschaftliche Misere – zu kurz gegriffen – als Folge der Kürzungspolitik der Regierung oder ihrer Fehler an. Die Einsicht dass die Misere vor allem ein Produkt der Krise des Kapitalismus ist und in einem internationalen Maßstab zu sehen ist, ist absolute Minderheitenmeinung. Sicherlich versuchen reaktionäre Kräfte wie die Monarchisten oder die faschistischen Neolegionäre, die während der Periode der langanhaltenden politischen Apathie an Einfluss gewinnen konnten, in der Bewegung Fuß zu fassen. Dennoch wäre es falsch die Proteste als nationalistisch abzutun. Eine solche Sichtweise wird nicht nur der gegenwärtigen Widersprüchlichkeit der Proteste nicht gerecht werden, sondern würde auch den reaktionären Kräften das Feld überlassen. Dies wäre in jeder Hinsicht fatal.

Das politische Establishment

Die führenden Politiker Rumäniens traten äußerst abgehoben auf und legten eine enorme Arroganz an den Tag. In dieser Hinsicht standen sie Nikolas Sarkozy und David Cameron in nichts nach. Basescu, sagte, das Volk verdiene seine Führer nicht. Der Außenminister Teodor Baconski bezeichnete die Demonstranten – in Hinblick auf die anhaltenden Strassenkämpfe in Bukarest – als „unfähige und gewalttätige Slumbe-wohner“. Er wurde am 23. Januar von Premier Emil Boc entlassen. Politisch gefährlicher sind Pamphlete eines Mönchs der orthodoxen Kirche, der die Proteste als Werk ausländischer Kräfte, angezettelt vom Milliardär George Soros, darstellt, deren angebliches Ziel es sei Rumänien zu destabilisieren. Ein orthodox-nationalistischer EU-Abgeordneter appellierte in Hinblick auf Arafat an den „Patriotismus“ seiner Landsleu-

te: „*Mich ekelt dieser Protest. Wir sollten keine Araber verteidigen.*“ Ginge es nach der Rechnung der sogenannten Oppositionsparteien, so sollten Neuwahlen stattfinden. Damit wäre der Protestbewegung ihr derzeitiger Schwung genommen. Wie ernst die Regierung die Proteste nimmt, zeigt auch das Vorgehen von Polizei und Gendarmerie, die brutal gegen die Demonstrationen vorgingen. Nach Augenzeugenberichten gingen Polizei und Gendarmerie mit Gewalt mitunter gegen Passanten und Unbeteiligte vor. In Bukarest führte das Vorgehen der Polizei dazu, das ein Mann, der auf dem Weg nach Hause war, von Polizisten bedrängt wurde, dann floh und schließlich von ihnen an einen Drahtzaun gedrückt wurde, wo ihm aus einem Meter Entfernung eine Tränengasgranate gegen das Bein geschossen wurde. Er trug schwere Knochenbrüche davon. Die rumänischen Sicherheitsdienste haben dazugelernt. So wurden mehrfach Benutzer der Bahn daran gehindert zur Unterstützung der Demonstrationen in andere Städte zu fahren, sei es dass sie an der Abfahrt gehindert wurden oder aus dem Zug gedrängt wurden. 1989 vor dem Sturz Ceausescus war es vor allem der von StudentInnen mitorganisierte Informationsaustausch zwischen den Städten der zu einer Ausweitung der Demonstrationen geführt hatte.

Ausblick

Derzeit lässt sich – auch aufgrund der sehr oberflächlichen Berichterstattung in den hiesigen Medien – keine Prognose wagen wie sich die Proteste entwickeln werden. Zu begrüßen ist, dass viele Protestierende weiterhin den kompletten Rücktritt der gesamten jetzigen Regierung fordern. Tag für Tag finden im ganzen Land Proteste statt. Scheinbar gibt es in Rumänien durchaus Illusionen, dass im Rahmen der „parlamentarischen Demokratie“ sich vieles besser gestalten ließe. Besser angesehen sind die Oppositionsparteien aber keineswegs. Neu ist das ein Teil der Demonstranten sich gegen die Gewalt der Polizei und Gendarmerie gewehrt hat. Aber es sollte nicht überbewertet werden,

weil der Staat das nächste Mal besser gerüstet sein wird. Wenn hier in Deutschland davon die Rede ist, das die Gewalt bei den Demonstrationen von Fußballfans oder Hools ausging, ist das kritisch zu betrachten. Die Straßenkämpfe in Bukarest dauerten vier Tage an und erstreckten sich auf ein Gebiet von 6 km. Die sozialen Proteste, wie vielgestaltig sie vor Ort auch aussehen, als rumänischen „Volkszorn“ zu verunglimpfen wie es manche Medien hier tun, ist nichts anderes als aktive Desinformationspolitik, um etwaigen Solidarisationen entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang ist es durchaus positiv, dass weltweit vor den Botschaften und Konsulaten Rumäniens Proteste verschiedenster Art und Größe zustande kamen. Es ist zu hoffen, dass sich die Demonstrationen mit Streiks in der Industrie und im Öffentlichen Sektor verschmelzen, und zu einer neuen Dynamik führen, die dafür sorgt, dass kleinbürgerliche Losungen und Lösungsansätze an Argumentationskraft verlieren. Genauso bedeutsam wäre es wenn, die Kämpfe dazu führen rassistischen und nationalistischen Argumentationsmustern den Boden zu entziehen. Nach Lage der Dinge sieht es derzeit nicht danach aus. Vor ein paar Tagen hätte aber auch niemand gedacht, dass der Außenminister Teodor Baconski zurücktreten muss. Die weitere Entwicklung der Proteste in Rumänien bleibt abzuwarten. In ihrem derzeitigen Zustand sind sie jedoch wichtige Vorboten weiterer sozialer Explosionen mit denen angesichts der Verschärfung der internationalen Krise zu rechnen ist. National isolierte Wutausbrüche und Proteste werden jedoch nicht ausreichen, um die sozialen Angriffe der Herrschenden abzuwehren. Letztlich kann nur eine in der Klasse verankerte internationale wie internationalistische Organisation der ArbeiterInnen dazu beitragen, Spaltungslinien zu überwinden und den weltweiten Kämpfen eine revolutionäre Ausrichtung geben. (G.A.C.)

Diesen Text haben wir der Seite gis.blogspot.de entnommen, die Seite der Gruppe Internationaler SozialistInnen. Kontakt zu der Gruppe per Mail: de@leftcom.org

Roy Thalheimer (1921 – 2012)

Ein Nachruf



Am 5. Februar 2012 verstarb nach kurzer Krankheit Roy Thalheimer im Krankenhaus von Bendigo, Staat Victoria, Australien. Roy hatte als Sohn von August Thalheimer, einem kritischen Marxisten, ein schweres Leben.

Ruben (Roy) wurde am 10. August 1921 in Berlin geboren. Im Alter von drei Jahren ging er mit seinen Eltern nach Moskau. Zwei Jahre besuchte Roy mit vielen Kindern ausländischer Facharbeiter und Funktionäre die Karl-Liebnecht-Schule. 1928 kehrte die Familie nach Berlin zurück. Roy besuchte von 1931 bis 1933 die Karl-Marx-Schule in Neukölln, die er dann verlassen musste. Seit der Machtübergabe an Hitler musste der junge Roy sich ohne seine Eltern zurecht finden.

Die Eltern emigrierten nach Frankreich; nach kurzem Aufenthalt in Strassbourg zogen sie weiter nach Paris. August setzte seine politische Arbeit im Auslandskomitee der KPD-O fort; seine materielle Lage war schlecht, sodass die Eltern Roy nicht unterstützen konnten. Roy fand Aufnahme in Norwegen bei Genossen der Mot-Dag-Gruppe, die mit der KPD-O sympathisierte. Längere Zeit lebte er bei dem sozialistischen Arzt Dr. Karl Evang, dann in den Jahren 1936-1937 in Paris bei den Eltern. Dann zog er weiter nach England und durchlief eine Gärtnerlehre.

Im II. Weltkrieg wurde er 1940 wie alle Deutschen erst als enemy alien interniert. Später belud England zwei Schiffe mit ihnen; die Dunera, auf der Roy saß, brachte ihn Septem-

ber 1940 nach Australien. Die dortige konservative Regierung internierte ihn in einem Lager in Hay. Nach dem Regierungswechsel zu dem Arbeiterpartei Dr. Evatt wurde er entlassen und durfte als Armeeingehöriger die Verteidigungsanlagen bei Port Darwin im Nordosten zwei Jahre lang mit aufbauen. Er erkrankte 1944 an Tbc und kam für längere Zeit in Militär-Krankenhäuser.

Nach der Genesung wurde Roy bei der Forstverwaltung im Staat Victoria angestellt und arbeitete zwölf Jahre beim Bau von Gebirgsstraßen, danach dreizehn Jahre, bis 1974 in der Forstverwaltung und ab 1974 als Materialverwalter in der Staatsdruckerei in Melbourne. 1981 wurde er pensioniert und lebte dann in Kleinstädten im Bundesstaat Victoria, zuletzt im Städtchen Sebastian, Victoria.

1961 hatte er die Krankenschwester Marlene Pritchard geheiratet; sie starb am 25. April 1991 an Krebs. 1984, anlässlich des 100. Geburtstages von August Thalheimer, waren die beiden zu den Gedenkveranstaltungen in Obersulm und Stuttgart angereist. Eingeladen von der Gemeinde Obersulm, trafen sie in Stuttgart einige KPD-O-Genossen und -Emigranten aus England und Südamerika. Danach konnten sie ihre einzige Europa-Reise anschließen.

Roy hat seinen Vater seit 1937 nicht mehr getroffen. Aber sofern der Krieg nicht den Postverkehr verhinderte, gab es einen intensiven Briefwechsel mit den Eltern. August bemühte sich um Roys Weiterbildung. Als August Thalheimer in Frankreich interniert wurde, versuchte Roy ihn zu unterstützen; August lehnte diese Hilfe ab – er würde schon zurecht kommen. Als August erkannte, dass seine Bemühungen um Rückkehr nach Deutschland fehlschlügen, bemühte sich Roy um Arbeit in Australien – auch das ohne Erfolg. Ein Jahr nach Augusts Tod kam die Mutter Cläre nach Australien und übernahm Roys Häuschen in der Bergarbeiterstadt Wandiligong im Orens Valley, Staat Victoria, wo sie bis zu ihrem Tode 1990 lebte.

Roy hatte fürsorgliche Freunde und Freundinnen, meist deutsche Emigranten, vor allem die Familie Zetschmann, die sich auch um Cläre in ihren letzten Jahren gekümmert hatte. Roy hielt Kontakt mit seinen Neffen in den USA und mit politischen Freunden in Deutschland. Sein politisches Interesse blieb rege bis zum Januar 2012. In seinen Briefen diskutierte er die weltpolitischen Entwicklungen und fragte seine Briefpartner nach deren Vorstellungen. Er betrieb von seiner Wohnung aus einen kleinen Buchhandel.

Als Sohn eines kritischen, unabhängigen Kommunisten hatte er kein leichtes Leben; aber er kannte kein Klagen und hat sich tapfer durch alle Schwierigkeiten durchgeschlagen. Einfach, bescheiden, beharrlich wie seine Eltern – so wird er seinen Freunden in Erinnerung bleiben.

Theodor Bergmann

Anzeige

Das rote Gewerkschaftsbuch



Von August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.
Berlin 1932
Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, 1980. 192 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Krise und Klassenfragen

Zu herrschenden Politikmustern, ideologischem Niederschlag und gesellschaftlichen Alternativen

Rezension

In den Metropolen des Weltkapitalismus erschienen die Banken Krisen in Mexiko und Südostasien der neunziger Jahre wie ein Wetterleuchten von fernen Gestaden. Nun droht auch die heikle Auftürmung des heutigen Finanzmarktregimes in den USA und Europa in sich zusammenzustürzen, sofern es nicht gelingt, seine Überlast energisch in Rückbau zu überführen. Das Entweichen der heißen Luft aus der Hypothekenblase in den USA erzeugte den Beiklang zum auslaufenden Konjunkturzyklus, in dem nachlassende Massenkaukraft die vorhandenen produktiven Überkapazitäten sichtbar machte. Sind die klassenpolitischen Bedingungen des Fortgangs der gesellschaftlichen Entwicklung zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung bereits festgelegt oder bieten sich Chancen für eine Abkehr von der Krisenlösung zugunsten der Kapital- und Vermögensbesitzer, die auf den „Märkten“ wieder mehr Vertrauen in die Gewissheit zu weiterer privater Reichtumsanhäufung fassen sollen?

Ein Autorenkollektiv der Zeitschrift *Sozialismus* benennt unter dem Arbeitstitel „Die Große Krise“ vier Lösungswege, die als Fluchtlinien aus dem Krisenfolgen in Frage kommen. Drei davon könnten innerhalb der gegebenen Verhältnisse verlaufen oder werden bereits praktiziert: Ein rigider Kurs auf Lohnsenkung und staatliche Sparpolitik wird die jeweiligen Volkswirtschaften noch mehr abwürgen als konjunkturell freier atmen lassen, woran auch striktere Regulierungen des Bankensektors nichts ändern. Sodann: Eine ökologische Runderneuerung soll als „Green New Deal“ die Innovationsschübe hin zu einer umweltverträglicheren kapitalistischen Produktionsweise auslösen. Und nicht zuletzt bietet ein rechtspopulistisch basiertes Austeritätsregime offen autoritäre Regie-

rungsformen an, die sich gleichzeitig mit Sanktionen gegen unliebsame Minderheiten mehrheitlich Rückhalt verschaffen.

Jenseits dessen richten die Autoren den Blick auf ein Übergangsprogramm in eine erhoffte andere Ökonomie, wo „der demokratisierte Staat selbst in einem ökonomisch relevanten Maße verstärkt Investitionsfunktionen übernimmt und größere Bereiche der sozialen Sicherung wieder aus dem Markt herausnimmt“. Momentan jedoch votieren in den EU-Ländern mehr als zwei Drittel der Wahlteilnehmenden für bürgerliche Parteien, die stärker staatlich gelenktes Wirtschaften programmatisch wie praktisch ablehnen. Dies bei einer immer deutlicheren Einkommenspolarisierung, bei der wachsende Anteile der sogenannten unteren Mittelschicht in den Abwärtstrend zur Armutzone geraten. Die politisch gewollte Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, mit der Lohndrückerei durch Einsparen von Lohnbestandteilen für die Sozialkassen betrieben wird, ist eine der konzeptionellen Grundideen der Hartz I – IV-Gesetzgebung und beschleunigt das Abschmelzen des Normalarbeitsverhältnisses. Der Anteil lohnabhängig Beschäftigter auf Vollzeitarbeitsplätzen liegt inzwischen unter sechzig Prozent. Außer zunehmender Wahlenthaltung liegen beim bundesdeutschen „Wahlvolk“ kaum Anzeichen vor, mehrheitlich einen Bruch mit dem Block offen prokapitalistischer Parteien zu vollziehen. Ein notwendiger „systemkritischer Umbau“ harrt bezüglich der Interessenlage unter den Lohnabhängigen seiner bewussten klassenpolitischen Basis.

Das zu erklären, warum der „Pulverdampf“ des Klassenkampfes von unten ausbleibt, gibt es soviel Gründe wie Deutungen. Im Kapitel über „Krise und Alltagsbewusstsein“ bremsen die Autoren vorschnelle Erwartungen an Umbrüche herkömmlicher Auffassungen und Weltbilder. Etliche Umfragen belegen durchaus

einen Legitimitätsverfall des sogenannten Marktsystems und seiner öffentlichen Befürworter: „Aber solange die individuelle Reproduktion nicht stark gefährdet ist (...) sind über eine längere Zeit entwickelte Anschauungen und Verhaltensdispositionen prägend.“ Damit ist nicht verelendungstheoretisches Zuwarten auf mehr Druck im Kessel angesagt, sondern ein Übergangsprogramm, das vor allem den Sinkflug der Einkommen aus abhängiger Arbeit beendet und einen Anstieg der Lohnquote bewirkt, um eine tatsächliche Neugründung des Sozialstaates zu fundamentieren. Unumgängliche Voraussetzung dafür dürfte die Durchsetzung und gesetzliche Absicherung eines Neuen Normalarbeitstages von sechs Stunden sein – eine historische Herausforderung, der auch in diesem ansonsten allein schon der Materialfülle mit vielen Schaubildern wegen anregenden Bandes dann doch zu wenig argumentativer Nachdruck zukommt. Wer offensiv fakten gestützt der herrschenden Politik begegnen will, sollte dieses Buch zur Kenntnis nehmen, besser noch mit anderen darüber die Debatte suchen.

Hubert Zaremba

Bischoff J./Detje R./Lieber Chr./Müller B./
Siebecke G.

Die Große Krise

Finanzmarktcrash – verfestigte Unter-
klasse – Alltagsbewusstsein – Solidarische
Ökonomie

VSA Verlag Hamburg 2011, 176 S., 12,80 €



Klassenanalyse statt Emotionen

Rezension

Der Nahe Osten ist in Aufruhr; die Massen der Bauern und Arbeiter protestieren gegen soziale Not, politische Entmündigung und eine sich bereichernde Oberschicht, die politisch erstarrt ist. In mitten dieser arabischen Welt existiert ein jüdischer Staat von sechs Mio. Juden und etwa einer Mio. Arabern, der ein arabisches Territorium seit 43 Jahren besetzt hält. Der fast 100 Jahre andauernde Konflikt Israels mit den Palästinensern ist offenbar nicht das einzige Problem der Region, aber sicher ein wichtiges und zentrales Problem, das immer wieder zu militärischen Explosionen führt und das die Sozialisten besonders in Deutschland zutiefst spaltet. Das hier vorgestellte Buch versucht jenseits der Emotionen die Fakten darzulegen und eine internationalistische Lösung zu entwerfen. Es liefert eine internationalistische Positionierung zum Israel-Palästina-Konflikt in Abgrenzung zu anti-deutschen und vulgärantiimperialistischen Verirrungen und plädiert für eine Versachlichung der Debatte.

Die Debatte zum Nahostkonflikt wird gerade in der deutschen Linken höchst erbittert und mit vielen Emotionen, manchmal mit geringer Geschichtskennntnis geführt. Das führt nicht selten zu abstrusen Erscheinungen, wie zu Israel-Fahnen schwenkenden „Antideutschen“ auf der einen und zur Solidarisierung mit islamistisch-fundamentalistischen „Befreiungsbewegungen“ auf der anderen Seite. Bergmann setzt dagegen seine internationalistische Position: keine Gemeinsamkeit mit den eigenen Herrschenden, nationale Unabhängigkeitsbewegungen sind nach ihrem sozialen Inhalt zu beurteilen, nicht jeder Gegner der kapitalistischen Führungsmächte kann linke Solidarität erhalten. Nicht zuletzt: Unterstützung derjenigen Kräfte bei Palästinensern und Israelis, die für einen Frieden arbeiten.

Der erste Teil befasst sich mit der jüngeren Vergangenheit, mit den ersten Anfängen einer neuen jüdischen Besiedlung fast 2000 Jahre nach dem großen Exodus nach dem Sieg Roms.

Die Einwanderung war die Antwort junger jüdischer Sozialisten auf den Antisemitismus des Zarenreiches; der Strom wuchs mit der Ausbreitung und Verstärkung des Judenhasses, der seinen Tiefpunkt mit dem nazistischen Menschheitsverbrechen Auschwitz erreichte. Dem anschwellenden Strom der europäischen Flüchtlinge und dann der Überlebenden der KZs verschlossen die Führer der Palästinenser, die meist mit dem Faschismus sympathisierten, und die britische Mandatsmacht die Tore, obwohl die dort lebenden Juden die einzigen waren, die die Briten im Krieg unterstützten.

1947 forderte der sowjetische Außenminister vor der UN-Vollversammlung einen Staat für die Verfolgten; im Unabhängigkeitskrieg 1947/48 kamen die ersten Kampfflugzeuge auf Stalins Wunsch aus Prag. Die Sowjetunion eröffnete nur wenige Wochen nach der Staatsgründung Israels ihre Botschaft in Tel Aviv. Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck begrüßte die Staatsgründung.

Diese und viele andere Fakten werden in gebotener Kürze dargestellt, sind aber den meisten heutigen Diskutanten kaum bekannt; daher sprechen sie von Israel als einem Produkt des westlichen Imperialismus, einem Degen der USA u. a.

In zwei Kriegen 1947/48 und 1967 versuchte eine Koalition aller Nachbarstaaten, leider nun ermutigt durch sozialistische Länder, „die Israelis ins Wasser zu werfen“. Entgegen der arabischen Siegesgewissheit siegte in beiden Kriegen die junge, zahlenmäßig viel schwächere israelische Hagana, weil die Soldaten wussten, was nach einer Niederlage kommen würde.

Der Sieg sicherte die Existenz des Staates, hatte aber auch ambivalente Wirkung; u. a. wuchs ein neuer, religiös verkleideter Nationalismus in Israel. Dieser Prozess und die aktuelle Lage in der Region werden im zweiten

Teil des Buches behandelt. In Israel vollzieht sich ein Wandel, ein Rechtsruck; die Fehler der israelischen Regierungen werden dargestellt. Die Extremisten beider Seiten blockieren alle Friedensbemühungen. Israel ist demokratischer als die Hamas, sodass die jüdischen Friedenswilligen zwar als Vaterlandsverräter beschimpft, jedoch nicht eingesperrt werden. Aber der Niedergang der Arbeiterpartei schwächt die Linke. Vor allem die vier kommunistischen Knesset-Abgeordneten treten mit aller Konsequenz für den Kompromiss ein, der kommen muss, weil trotz der israelischen Siege ein militärisches Patt in dem asymmetrischen Krieg besteht.

Der Iran rüstet die Gegner Israels auf und nutzt den Konflikt, um seine machtpolitischen Ziele zu fördern. In allen Ländern der Region außer Israel und Libanon werden die Kommunisten brutal verfolgt. Könnten jedoch die israelischen Linken Partner in diesen Ländern finden, wäre ihr Kampf viel leichter.

In diesem Teil des Buches wird ferner die stark emotionalisierte „Debatte“ auf der (schwer definierbaren) deutschen Linken behandelt. Sie schwankte von anfänglicher Begeisterung und verbaler Solidarität bis zur Verdammung und Beschimpfung Israels als faschistisch, imperialistisch, Apartheidstaat etc. und zur bedingungslosen Wortsolidarität mit allen Palästinensern. Das verführte manche sogar dazu, die Verbrechen und den Imperialismus Teherans zu bagatelisieren. Statt eine Klassenanalyse zu versuchen, wird hier dem Gedanken gefolgt: *Der Feind meines (US-)Feindes ist mein Freund*. Nach 1947 folgten die meisten kommunistischen Parteien den Wendungen der Sowjetdiplomatie.

Im letzten Teil des Buches legt der Autor seine Vorstellungen von einer internationalistischen Lösung dar. Sie besteht aus drei Schritten. Die Führungen der Palästinenser, auch die Hamas, müssen das Existenzrecht Israels anerkennen und das ihren Bürgern eindeutig erklären. Israel muss die Siedlungen in den besetzten

Gebieten räumen, wie der Militär Ariel Sharon das im Sinai und in Gaza getan und für die Westbank angedeutet hatte, kurz bevor er ins Koma fiel. Dann muss als dritter Schritt in Gaza und der Westbank ein Staat Palästina gegründet werden.

Ein gemeinsamer Staat, wie ihn Zionisten vor 1933 propagierten, der aber von den arabischen Politikern abgelehnt wurde, ist heute undenkbar, vielleicht in 50 Jahren, wenn jetzt Frieden geschlossen würde und Hass und Wut auf beiden Seiten schwinden würden. Ebenso unrealistisch ist heute die Realisierung eines Rückkehrrechts für Millionen palästinensischer Flüchtlinge, Vertriebene und deren Nachkommen. Für sie muss – sofern noch keine Lösung gefunden wurde, weil die arabischen Staaten (außer Jordanien und Libanon) keine Solidarität üben wollten, eine Lösung gesucht

werden und bedarf vielleicht internationaler Anstrengungen, an denen sich Jerusalem beteiligen müsste.

Sozialisten in Europa sollten keine der Kriegsparteien unterstützen, auch nicht mit Worten; vielmehr sollten sie die Friedenswilligen beider Völker ermuntern und nach Kräften unterstützen. Aber dieser unausweichliche Kompromiss muss von den Sozialisten beider Seiten im Nahen Osten erkämpft werden. Dazu gehört Druck „der Straße“ auf Regierungen beider Seiten und wohl ihr Sturz.

Der Autor analysiert sehr nüchtern die politischen Kräfte und Vorschläge für die Zukunft. Seine Position ist die eines sozialistischen Internationalisten in der Tradition von Rosa Luxemburg. Das Buch mit seinen Fakten kann zur Versachlichung der sozialistischen Debatte

beitragen und vielleicht die Verständigung der Arbeitenden in beiden Lagern fördern. Es bietet eine gute Orientierung für die notwendige Diskussion.

Heiner Jestrabek



Theodor Bergmann (2011): *Der 100-jährige Krieg um Israel. Eine internationalistische Position zum Nahostkonflikt.*
VSA-Verlag Hamburg,
8,80 €, ISBN 978-3-89965-460-8

Anzeigen



240 Seiten, Paperback, € 12,-

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der Arbeiterstimme in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute

andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

Bestelladresse: T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org



510 Seiten, Paperback, € 20,-



624 Seiten, Paperback, € 20,-



168 Seiten, Paperback, € 10,-